

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dismann

4. Jahrg.

Stuttgart, 9. Juni 1923

Nummer 12

Inhaltsverzeichnis:

1. Herausforderung! (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
2. Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik (C. M.).
3. Das Ei des Kolumbus (Julian Borchardt, Berlin).
4. Fabrikdiebstähle und Metallhandelsgesetz (Rob. Dismann).
5. Sozialpolitische Wissenschaftler im Unternehmerlager (Tony Sender, Frankfurt a. M.).
6. Die Kran- und Fördermetallindustrie Deutschlands (Oberbauat B. Gerlach).
7. Die Grundlagen der russischen Eisenindustrie (Georg Engelbert Graf, Stuttgart).
8. Produktionssteigerung und Achtstundentag.
9. Annahmeverzug nach § 615 BGB. (Rich. Dietrich, Zeitz).
10. Internationale Solidarität der Werftarbeiter.
11. Bücherbesprechung.

Herausforderung!

Tony Sender, Frankfurt a. M.

Wenn bis heute, 4 $\frac{1}{2}$ Jahre nach Kriegsende, Europa noch immer nicht zur Ruhe kommen kann, wenn insbesondere Deutschland aus dem Zustand steter latenter Krise und die Arbeiterbevölkerung aus dem Stadium wachsender Verelendung nicht herauskommt, so ist dies nicht nur der mangelnden Einsicht der Regierungen in den Siegerstaaten, sondern gleichfalls der mangelnden Opferwilligkeit der Besitzenden in Deutschland selbst zuzuschreiben. Eine Erkenntnis, die dem proletarischen Deutschland längst zum Allgemeingut geworden, auf die aber auch das uns wohlgesinnteste Ausland mit wachsendem Nachdruck hinweist, wie der kürzliche Bericht des demokratischen Abgeordneten Erkelenz nach einer Englandreise, aber auch eine in diesen Tagen erfolgte Fühlungnahme deutscher Wirtschaftsführer mit englischen linksgerichteten Kreisen, speziell auch der Labour Party, in London bewies. Denn daß die deutsche Arbeiterschaft bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit — ja darüber hinaus — zur Steuerleistung für den Staat herangezogen ist, das weiß das proletarische wie bürgerliche Ausland, und dies weist auch erneut die Veröffentlichung über die Reichseinnahmen im April aus. Danach sind im April 1923, nachdem also die neuen Steuergesetze speziell in bezug auf die Selbstveranlager ihre teilweise Wirkung zu zeigen hatten, wiederum 71 Prozent der Einnahmen aus der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht worden. Und von den gesamten Einnahmen in Höhe von rund 877 Milliarden stammten allein aus Einkommen-, Umsatz- und

Kohlensteuern, aus Steuerquellen, die im überwiegendsten Maße von den Arbeitenden gespeist werden, insgesamt 652 Milliarden, das heißt also 75 Prozent der Gesamteinnahmen. Berücksichtigt man, daß noch ein großer Teil der übrigen Einnahmen ebenfalls aus den verschiedenen Verbrauchssteuern (Tabaksteuer, Zucker-, Salz- und Zündwarensteuer usw.) und den Böllen resultiert, so bleibt als Leistung aus dem Besitz ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag übrig und dem deutschen arbeitenden Volke ist wieder einmal vor Augen geführt, daß es selbst wohl **Erhalter**, die besitzende Klasse aber **Nugnießer** des Staates ist. Jedoch wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Da wir eine bürgerliche Mehrheit in der deutschen gesetzgebenden Körperschaft haben, so ist es dieser, also den Vertretern des Besitzes, auch zuzuschreiben, wenn den Nichtbesitzenden diese unerträgliche Last unter gleichzeitiger Schonung der Leistungsfähigen auferlegt wurde. Man hat ihnen diese Lasten aufgebürdet, ohne auch nur im entferntesten daran zu denken, ihnen zum Ausgleich irgendwelche Gegenleistung etwa in Form vermehrter Rechte darzubieten. Im Gegenteil: Dieselbe bürgerliche Mehrheit ist es ja, die mit wachsendem Erfolg zu verhindern mußte, daß selbst eine Verwirklichung der verfassungsmäßig zugestandenen Rechte dem Proletariat gegenüber erfolgte.

Doch die potenten Kreise unserer Wirtschaft verstehen sich nicht nur auf die Steuerdrückbergerei — sie verstehen sich noch besser auf die große, heroische Geste. Nachdem die Ruhraktion nun schon Monate dauert und schließlich auch das größte politische Kind einsehen gelernt haben muß, daß endlich einmal ein Versuch zur Vereinigung der Reparationsfrage geschehen muß und zu diesem Ziel selbst ein so unternehmerfreundliches Kabinett wie das von Cuno-Dr. Becker schließlich beim Besitz wird einmal anklopfen müssen, da meldet sich unsere deutsche Industrie freiwillig an mit ihrem Angebot an den Staat. Welch herrliche Vaterlandsliebe!

Aber halt: War nicht schon einmal eine so großmütige Geste von denselben Kreisen gemacht worden? Vor anderthalb Jahren, als die Industrie noch befürchten mußte, daß es mit der Erfassung der Sachwerte ernst werden könnte? Dem suchte sie durch ihr berühmt gewordenes **Kreditangebot** vorzubeugen, indem sie mit einem Janusstops auftrat: auf der einen Seite scheinbar ihren Kredit dem Reich in edler Großmut zur Verfügung stellend, auf der anderen Seite ihre Rechnung für diese Großmut präsentierend, als Entschädigung für eine Leistung, die nur eine Garantie, nicht aber eine effektive Vermögenshingabe bedeutet haben würde, die Verschacherung der Eisenbahn an den Privatprofit u. a. fordernd.

Zwar ist das damalige Kreditangebot nur eine leere Geste geblieben. Aber wenn es auch für das Reich keine Resultate gebracht hat, für die „opferfreudige“ Industrie hatte es doch den glänzenden Erfolg, daß sie damit die drohende Erfassung der Sachwerte wieder einmal abgewendet hatte. Dieselben Herren können auch für sich reklamieren, daß sie aus ihrer eigenen Geschichte etwas gelernt haben, leider mehr als umgekehrt die Arbeiterschaft. War der Coup damals so fein gelungen, so gilt es in der gegenwärtigen, dem Besitz immerhin etwas gefahrdrohenden Situation wieder vorbeugend zu handeln.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erscheint wieder mit seinem Januskopf: Auf dem einen Gesicht die edlen Züge des Mannes, der dem Vaterland in der Stunde seiner höchsten Not sein Opfer darbringt, auf dem anderen Gesicht indessen der Ausdruck egoistischer Gabbier, die mit dieser edlen Geste ein glänzendes Geschäft herauszuschlagen gedenkt.

Das neuerliche Kreditangebot der deutschen Industrie besteht in folgendem: Sie ist bereit, als subsidiär (ersatzweise, also nach dem Reiche eintretend) haftender Bürge die Garantie für einen jährlichen Betrag von 200 Goldmilliarden auf die Dauer von nur drei Jahren zu übernehmen. Dabei steht fest, daß Deutschland zumindest 30 Goldmilliarden (Zinsen und Tilgung), wahrscheinlich aber noch mehr wird aufbringen müssen. 5 Prozent Zinsen von nur 30 Goldmilliarden ohne Tilgung würden allein jährlich aber 1,5 Goldmilliarden erfordern. Die Industrie bietet als Garantieleistung der gesamten Wirtschaft 500 Goldmilliarden an, wovon sie selbst 40 Prozent, die genannten 200 Goldmilliarden, verbürgen will, und zwar lediglich durch Verpfändung ihres Grund- und Immobilienbesitzes, während die restlichen 60 Prozent von Banken, Handel und Landwirtschaft zu verbürgen wären.

Die Bereitschaft zu dieser außerordentlich minimalen Garantieleistung aber will sich die Industrie in einer Weise mit Wucherzinsen vom Reiche bezahlen lassen, wie sie der raffinierteste Geschäftsmann im privaten kaufmännischen Verkehr niemals zu fordern gewagt haben würde. Neben einigen außenpolitischen Voraussetzungen werden für die innere Wirtschaft folgende Forderungen aufgestellt:

1. Grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -Verteilung, unbeschadet schärfster Bekämpfung wirtlichen Wuchers, mithin
 - a) Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Ausbaus der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Erzeugnisse für Volksernährung u. dergl. erforderlich und tatsächlich durchführbar ist;
 - b) Aufhebung aller Demobilmachungsvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Richteramt bei Wirtschaftsstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung.
2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Privatkapital zum Zwecke der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe, mithin entsprechende Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuergesetzgebung (zum Beispiel Gewerbesteuer), insbesondere Hebung der Steuermoral und Schaffung eines klaren, den Sparsinn antregenden Steuersystems.
3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft und quantitative und qualitative Hebung der Produktion, also Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies setzt voraus: bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentags Ausweitung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrats, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes. Ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen.

Aber allem voranzugehen hätte außerdem, daß die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundätzen regeneriert und dauernd betrieben und auf diese Weise aus ihnen zunächst 600 Goldmillionen und schließlich eine Goldmilliarde herausgewirtschaftet werde. Aus dieser allerdings phantastischen Einschätzung der Gewinnmöglichkeiten der Reichsbetriebe sollte man endlich die notwendige Schlussfolgerung für die tatsächlichen Gewinne der Privatindustrie ziehen. Fürwahr, diese Sprache läßt an Deutlichkeit und Unverschämtheit nichts zu wünschen übrig. Deutsche Staatsbürger

wagen es, gleichsam ein Ultimatum an die Regierung zu stellen, erklärend: Wir werden vielleicht bereit sein, unserer staatsbürgerlichen Pflicht zu einem Teil nachzukommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir dabei ein glänzendes Geschäft machen.

Wie groß dieses Geschäft sein würde, läßt sich in Summen heute noch gar nicht errechnen, aber allein die Aufhebung jeder Produktions- und Handelskontrolle, der Außenhandelsstellen und der Außenhandelsabgaben würde — insbesondere im Zeichen weiterer Marktentwertung — allein wohl ein Mehrfaches der angebotenen Garantieleistung dem privaten Profit einbringen. Die weiteren Punkte sind fast ausschließlich gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Die Steuerungerechtigkeit soll noch vergrößert, vor allen Dingen aber ein dicker Strich durch wichtigste Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung gezogen, der Unternehmer wieder unbeschränkt „Herr im Hause“, die Kriegsbeschädigten ihrem Schicksal überlassen werden, ein Intervenieren des Staates bei Arbeitslosigkeit soll in Zukunft unterbleiben, und um sich die so entrechtete Arbeiterschaft weiter gefügig zu machen, soll der Achtstundentag — unter Vorheucheln seiner „grundfächtlichen Aufrechterhaltung“ — abgeschafft werden.

Da es gemäß dem Wortlaut des Briefes des Reichsverbandes Herr Cuno selbst gewesen ist, der diesen zu einer Erklärung aufgefordert hatte, darf die Bedeutung dieser Forderungen der Industrie in keiner Weise unterschätzt werden. Insbesondere nicht angesichts der völligen Passivität der Reichsregierung, die selbst jetzt unter dem Damoklesschwert äußerster Zuspitzung es noch nicht gewagt, von sich aus die gesetzgeberischen Vorbereitungen zu einer wie auch immer gearteten Heranziehung des Besitzes zu treffen. Die deutsche Arbeiterschaft hat darum das „Angebot“ der deutschen Industrie als das zu bewerten, was es ist: eine Herausforderung unerhörtester Art. Und sie muß sich klar darüber sein, daß die Regelung der aufgeworfenen Fragen nicht ohne heftigsten Kampf möglich sein wird. Einem Kampf, vor dem es kein Ausweichen gibt und dessen erste Schlachten bald geschlagen werden müssen, sollen sie der Arbeiterschaft einen Sieg verheißen können.

:::

:::

:::

Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik

C. M.

I. Die „neue“ Wirtschaftspolitik.

Nun ist die Scheinstabilisierung der Mark unter der Regierung Cuno-Becker zerrissen. Der Reichsfinanzminister Hermes hat Ende März feierlich versichert, man könne den Kurs noch auf längere Frist halten, am 17. April riß die Valustrippe wieder durch, und obwohl am nächsten Tage der Reichswirtschaftsminister Becker versprach, man werde die Spekulation im Zügel halten und „die Regierung besitze die Mittel dazu“, steigt der Dollar seitdem rapid, mit ihm steigen die Preise und mit ihnen die drückende Not unserer Volksmassen.

Ist damit, wie das Finanzkapital höhnlächelnd erklärt, bewiesen, daß eine wirkliche Stabilisierung der deutschen Währung unmöglich ist? Oder

ist sie, wie wenigstens die Herren um Stinnes in trautem Verein erklären, ohne Aufhebung des Achtstundentages unmöglich? Nichts weniger als dieses. Bewiesen ist lediglich, daß die Vertreter des Großkapitals eine wirkliche Politik der Stetigung und Festigung der Volkswirtschaft nicht durchführen, sofern das Profitinteresse dagegen steht.

Die uns nahestehenden Mitglieder des Kabinetts Wirth hatten kurz nach Rathenaus Ermordung ein Programm zur Stabilisierung der Mark aufgestellt, als der Dollar noch bei 400 und der Franzose noch nicht an der Ruhr stand. Dieses Programm umfaßte:

- 1) eine äußere Anleihe auf Grund des Reichsbankgoldes zur äußeren Stützung des Markkurses;
- 2) eine innere Goldanleihe (Goldschatzanweisungen) zur Ablenkung des Spar- und Spekulationskapitals vom Devisenmarkt;
- 3) im Zusammenhang damit eine Devisenverordnung mit Verbot des Ankaufs von Devisen zur Spekulation oder Vermögensanlage;
- 4) Einfuhrbeschränkung für alle Luxuswaren.

Solange die Stabilisierung der Mark noch nicht erreicht war, sollten ferner eintreten:

- 5) eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben und Devisenablieferung;
- 6) eine scharfe Zinserhöhung, weil bei fallender Tendenz der Mark von allen Seiten mit dem billigen Gelde der Reichsbank gegen die Mark spekuliert wird.

Daß die Durchführung eines solchen Programms bei einem Dollarstande von 400 unverhältnismäßig viel leichter und wirksamer gewesen wäre, als bei einem solchen von 50 000, bei dem sich das Cuno-Becker-Kabinet endlich zu etwas ähnlichem entschloß, liegt auf der Hand.

Statt dessen durchkreuzten die Freunde der Herren Cuno und Becker im Parlament, Reichswirtschaftsrat und Regierung die Durchführung des Programms, erreichten, daß die nur im Zusammenhang mit den übrigen Punkten wirksame Devisenverordnung isoliert stehen blieb und betrieben, getragen vom lauten Lärm der Interessenten, eine Heze gegen den Wirtschaftsminister und seinen Staatssekretär, die schließlich nicht nur diese, sondern das ganze Kabinet Wirth zu Fall brachte.

Nun konnte die Schwerindustrie zeigen, was ihr „Kabinet der Wirtschaft“, die Regierung der „Männer mit der diskontfähigen Unterschrift“ vermochte, außenpolitisch und besonders auch wirtschaftspolitisch. Wie es außenpolitisch ging, das war schnell klar: Trotz eines Angebots, dessen Geldsummen das „Erfüllungs“kabinet nie hätte nennen dürfen, ohne unter wildem Lärm der Herren Helfferich-Becker-Reinath als Vaterlandsverräter aller Welt denunziert zu werden, kam nichts von allem, was die „Volks“partei dem Volke versprochen hatte: nicht die amerikanische Anleihe (trotz der so oft verkündeten intimen Beziehungen Cunos zu Amerika), keine englische Hilfe, dafür aber — die Ruhrbesetzung.

Und welches waren seitdem die großen neuen wirtschaftspolitischen Ideen? Wir sehen nicht eine einzige, wohl aber sehen wir, daß das Cuno-Kabinet einen nach dem andern derjenigen Vorschläge aufgreift, welche unsere Freunde vor $\frac{3}{4}$ Jahren gemacht haben und um deren willen sie gestürzt wurden. Aber freilich, auch diese Durchführung ist so, daß sie dem Privatprofit nicht allzu sehr schaden darf, und darum bleibt sie wirkungslos.

Da ist zunächst die **Devisenverordnung**. Mit lautem Lärm verlangte ihre sofortige Aufhebung der Reichsverband der deutschen Industrie, der Industrie- und Handelstag, alle Bankierverbände, allen voran die Handelskammer zu Hamburg, welche dieses Gesetz „wirtschaftlich undurchführbar, gesetzestechnisch unerhört schlecht“ nannte (vergl. unsere Betriebsräte-Zeitschrift vom 14. April 1923, S. 229). Und nun ist ein hochangesehenes Mitglied derselben Handelskammer seit fünf Monaten Reichskanzler; aber er denkt gar nicht daran, die Verordnung aufzuheben oder auch nur irgendwie wesentlich zu ändern. Im Gegenteil: er verschärft sie noch, ganz in der Richtung, wie es der böse Unabhängige Dr. Herz im Reichstage verlangte — aber am entscheidenden Punkte schreckt er zurück, bei der **Devisenbeschlagnahme**.

Dann kamen, in der Not, beim Dollarstand von 30- bis 50 000, die **Gold-Schakanweisungen**, gegen welche sich der Herr Reichsbankpräsident Havenstein bei einem Dollarpreis zwischen 400 und 1400 unter lautem Beifall der „Wirtschaft“ so wirkungsvoll gewehrt hat. Herr Cuno rief und — keine Dollars kamen. Die „Wirtschaft“ ließ die „Regierung der Wirtschaft“ im Stich. Der Arbeiter kämpfte an Rhein und Ruhr, der Beamte wurde aus Amt und Heimat getrieben, auch mancher Unternehmer litt mannhaft und hart, die Devisen aber blieben im sicheren Rasten.

Und dann kam anscheinend sogar so etwas wie ein **Dolchstoß gegen die Mark**. Die von den Sozialdemokraten vergebens verlangte **Stützungsaktion** auf Grund der Gold- und Silberwerte wurde begonnen, zuerst mit gutem Erfolg. Mitten im Ruhrkampf senkte man den Dollar auf 20 000, mit den Mitteln, die unsere Freunde vorgeschlagen hatten, und hielt ihn auf diesem Stande 2½ Monate, bis der Spekulation der Durchbruch durch die Dollarfront gelang.

Und es mußte so kommen, denn die entscheidenden Punkte des sozialistischen Wirtschaftsprogramms konnten Cuno-Becker nicht durchführen, sie hätten ja nur gegen die „Wirtschaft“ durchgesetzt werden können.

Sollte die Mark wirklich stabilisiert werden, so durften nicht immer neue ungeheure Mengen derselben Mark neu gedruckt werden. Das ist aber im größten Ausmaße geschehen.

Als der Ruhreinbruch begann, gab es an Noten etwa 1200 Milliarden. Vier Monate später haben wir an Noten und sonstiger „schwebenden Schuld“ fast 10 000 Milliarden. Wie konnte da die Mark, nachdem sie sich kaninchenhaft vermehrt hatte, noch denselben Preis behalten? Das war um so weniger möglich, als ein Teil der neu gedruckten Mark zweifellos geradezu zur **Spekulation gegen die Mark** verwendet wurde.

Der Neudruck von Mark stammt nämlich aus zwei Quellen: aus der **Beseitigung von Handelswechslern** durch die Reichsbank (Wechseldiskont) und aus der **Deckung der Staatsausgaben** durch Notendruck. In beiden Richtungen hatten unsere Vorschläge scharfe Abhilfe verlangt und in beiden Fällen haben Regierung und Reichsbank versagt.

Man kann nämlich kein besseres Geschäft machen, als sich bei der Reichsbank Geld auf drei Monate zu leihen, sich dafür Dollars zu kaufen und nach drei Monaten mit einem ganz unbedeutenden Zins (bisher 1 Prozent monatlich, jetzt 1½ Prozent) dieselbe Summe von Mark zurückzuzahlen. Nach aller

Erfahrung steigt nämlich in einer solchen Zeit der Dollar, und man braucht, um dieselbe Summe Papiermark dafür zu bekommen, viel weniger Dollars zu verkaufen, als man für das Reichsbantgeld gekauft hat. Deswegen verlangten unsere Vorschläge neben äußerster Beschränkung der Reichsbankkredite auch einen hohen Preis für diese, damit die Spekulation so erschwert würde, daß sie mehr und mehr unmöglich würde. Keines von beiden tat die Reichsbank, und so gab sie den Wirtschaftskreisen selber die Papiermark in die Hand, mit denen die Devisen gekauft werden konnten, welche die Reichsbank zur Stützung unserer Mark herausgab. Und zuletzt hatte sie schließlich keine Devisen mehr; mit dem von der Reichsbank selbst fabrizierten Gelde waren sie ihr weggekauft worden.

Noch schlimmer sah es in der Steuerpolitik aus. Zeitweilig lag es so, daß etwa vier Fünftel aller Reichsausgaben durch Notendruck und nur mehr ein Fünftel durch Steuern, Zölle usw. gedeckt wurden. Und von diesem letzten Fünftel waren fast neun Zehntel Lohnsteuer, denn diese ist der Geldentwertung nicht unterworfen, weil sie gleich gezahlt wird, alle anderen Steuern kamen so spät ein, daß sie bei der Geldentwertung zur Deckung der Staatsausgaben nicht mehr viel helfen konnten. Die von der Linken des Reichstages gestellten Anträge zum Geldentwertungsgesetz, welche diesen unerhörten Zustand beseitigen sollten, wurden niedergestimmt.

An einem Punkte freilich sind auch die Arbeitnehmer dem Ministerium Becker gar zu willig gefolgt. Das sind die Ausfuhrabgaben, welche auch wie der Lohnabzug eine schnell eingehende Valutasteuer sind und große Bedeutung für die Deckung der Staatsausgaben haben. Als der Dollar im September vorigen Jahres über 1000 stieg, setzte der sozialistische Wirtschaftsminister Schmidt die Abgaben um 60 Prozent herauf. Als im Dezember vorigen Jahres der Dollar auf 7000 stand und ungefähr vier Wochen auf dieser Höhe blieb, behaupteten die Unternehmer, daß sie jetzt exportunfähig seien und erreichten im Reichswirtschaftsrate die Beseitigung der Schmidtschen Zuschläge — merkwürdigerweise wurde das durchgeführt gerade in dem Augenblick, wo der Dollar von 7000 erst in schneller Folge bis auf 50 000 stieg und nur auf etwa 20 000 zurückging. In demselben Augenblick, in dem der Unterschied zwischen Inland- und Auslandpreis durch den Sturz der Mark sich vergrößerte, neue riesige Exportgewinne entstanden, setzte das volksparteiliche Ministerium Becker die Ausfuhrabgaben herunter. Und damit nicht genug. Als die Währung hernach ungefähr zwei Monate stabil gewesen war, liefen die Unternehmer wieder Sturm gegen die Ausfuhrabgaben und verlangten weitgehend Aufhebung dieser wichtigen Steuer, weil sie nicht exportfähig seien. Aufhebung der Ausfuhrbewilligung heißt aber noch obendrein Einschränkung der Ablieferungspflicht von Devisen. Leider haben Arbeitnehmer dieses Manöver unterstützt aus Furcht vor Arbeitslosigkeit, und das volksparteiliche Ministerium hat die Maßnahme natürlich wieder durchgeführt in demselben Augenblick, wo ein neuer Marksturz neue riesige Gewinne für die Exporteure brachte. Wenn in der oder jener Branche am 1. April bei einem Dollarstande von etwa 21 000 der Export wirklich nur mehr kleinere Gewinne brachte, so am 15. Mai beim Dollarstand von 46 000 doch wieder um so größere. Denn auf das 2 $\frac{1}{4}$ fache sind inzwischen die inländischen Kosten nicht gestiegen.

Wenn so das Unternehmertum und die von ihm gestützte Regierung nicht einmal die kleine Last, welche die Ausfuhrabgaben bedeuten, tragen will, so liegt um so mehr Veranlassung vor, zu prüfen, ob demgegenüber die Lohnpolitik, welche von derselben Regierung gewollt wird, noch weiterhin unterstützt werden kann.

II. Lebenshaltung und Lohnpolitik.

Als die sogenannte Stabilisierung begann, versprach die Regierung Preisabbau. Und noch Anfang April 1923 glaubte der Reichswirtschaftsminister Becker von einem tatsächlich erfolgten Abbau der Preise sprechen zu können. Das Publikum hat leider nur das Gegenteil wahrnehmen können. Zwar hat Herr Becker bei der Kohle den Preis „abgebaut“, aber nicht bei dem Unternehmergewinn, wo bei den wichtigsten Sorten Kohlen nur ganz minimale Abschläge erreicht wurden, sondern — bei der Kohlensteuer, das heißt bei einer Einnahme des Reichs. Anstatt durch Kohlensteuern, mußte also das Reich seine Ausgaben durch noch mehr Notendruck decken. Angeblich mußte die Kohlensteuer heruntersetzt werden, weil die Industrie die hohen Preise nicht bezahlen konnte. Seitdem ist die Stabilisierung zerrissen, der Dollar strebt auf die 50 000 zu, die Preise streben mit ihm empor, aber Ausfuhrabgaben und Kohlensteuer sind nicht wieder heraufgesetzt worden, sondern diese neu entstehenden Gewinne fallen vorerst dem Unternehmertum unverfügt zu. Das ist die neue Wirtschaftspolitik.

Dagegen hat sich Herr Becker in der Zeit der sogenannten Stabilisierung aufs entschiedenste gegen Lohnsteigerungen gewandt. Stimmt es denn nun wirklich, daß die deutschen Löhne so sehr hoch sind, und daß die Preise in Deutschland so viel niedriger sind als im Ausland?

Mehr und mehr richtet sich der Stand der Preise in Deutschland nach dem Dollarkurs. Die ganze Textilindustrie kalkuliert nur mehr in Goldmark und verändert ihre Preise fast automatisch mit dem Dollar — das heißt, wenn sie nach oben gehen —, umgekehrt seltener. Ein großer Teil der übrigen Industrien folgt und einige waren während der sogenannten Stabilisierung sogar über dem Weltmarktpreis. Einzelne Gebiete folgen nicht, so zum Beispiel die Wohnungsmiete, und manche Lebensmittel folgen etwas langsamer, als der Dollar steigt. Im großen ganzen sind wir in Deutschland in unseren wirklichen Lebenshaltungskosten so sehr weit vom Auslande wohl nicht entfernt, immer mit Ausnahme der Wohnungspreise und der Brotverbilligung. Steigen nun auch die Löhne entsprechend denen, die auf dem Weltmarkt gezahlt werden? Diese Frage ist ganz glatt zu verneinen. Vielmehr zeigen die lehrreichen Zahlen, welche beim Deutschen Holzarbeiterverband festgestellt sind, daß bei jedem Kurssturz der wirkliche, reale Lohn des Arbeiters sinkt. Daß dann alle Kraft der Gewerkschaftsbewegung angewendet werden muß, um die verlorene vorherige Höhe des wirklichen Reallohnes zu erreichen, und daß, wenn etwas erreicht ist, neue Kursstürze den Lohn immer wieder herunterwerfen, zeigt die folgende Tabelle, zu der noch folgendes zu bemerken ist: Gemessen an dem wirklichen Lohn des Friedens, ist die Tabelle des Holzarbeiterverbandes deswegen nicht maßgebend, weil sie nur den allernötigsten Ernährungsbedarf, die Bekleidung und die Wohnung berücksichtigt. Die Wohnung ist nun durch die Zwangsmiete künstlich billig gehalten; bei der

Ernährung spielt das verbilligte Brot noch eine gewisse Rolle, die aber im nächsten Wirtschaftsjahr immer kleiner wird. Es fehlen aber alle nicht absolut zur Ernährung und Wohnung gehörigen Ausgaben, alle Kulturausgaben usw. Rechnet man die noch hinzu, so sinkt, am Frieden gemessen, der wirkliche Lohn des Arbeiters noch wesentlich tiefer, als es die folgenden Zahlen zeigen:

Reallohn beim Holzarbeiterverband

(Lohnindex der Facharbeiter des Reichsmantelvertrages), berechnet auf Grund des Ernährungsloosenindex, unter Berücksichtigung der Bekleidung und Wohnung.

Es betrug danach der Reallohn in Prozent des Friedensreallohns:

	%		%
1914: Frühjahr	100	1922: Juni (relative Stabilität)	73
1921: Juli (nach Markverschlechterg.)	60	Juli (neu beginn. Marksturz)	66
Oktober	64	August (verschärfter)	62
1922: Oktober/November (Kurssturz)	58	September (relativ. Stillstand)	68
Januar (kurze Erholung des Marktfusses)	71	Oktober (Sturz)	59
März (beginnende Senkung)	62	November (Sturz)	47
Mai (relative Stabilität)	70	Dezember (stabiler Kurs)	60
		1923: Januar (neuer Sturz)	47,5

Gegenüber den Behauptungen, daß die deutschen Löhne hoch seien und darum eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht möglich sei, seien im folgenden noch zwei Zusammenstellungen gegeben, an denen jeder die Richtigkeit oder vielmehr Unrichtigkeit dieser Behauptungen messen kann. In der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, 1. Maiheft 1923, findet man auf Seite 287 den wirklichen Lohn der englischen Maschinenbauer. Wir haben diesen Lohn, der in englischer Währung sich ziemlich gleich bleibt, einmal umgerechnet nach dem Stande der deutschen Mark vom 31. März d. J. und dann nach dem Stande vom 17. Mai, dem Tage, an dem dieser Aufsatz abgeschlossen wurde. Das Bild ist so deutlich, daß wir wirklich nur die Tabelle über die **Wochenlöhne** nachstehend zu geben brauchen.

Wochenlöhne der Eisenindustrie in England am 31. März 1923

Berufsart	Wochenlöhne umgerechnet in Mark	
	nach dem Stande vom 31. März 1923	nach dem Marksturz am 17. Mai 1923
Monteure und Dreher	s 56 d 6	389 850
Eisenformer	59 2	408 250
Modelleure	60 9	419 175
Hilfsarbeiter	40 3	277 725
		607 968
		634 939
		653 500
		433 110

Zum Vergleich sei auch noch eine Gegenüberstellung des Holzarbeiterverbandes über die Löhne einer Branche hinzugefügt, welche stark Export betreibt, nämlich den Stundenlohn der Musikinstrumentenmacher. Es sind hier Monate mit verhältnismäßiger Stabilität der Währung und Monate starken Sturzes gegenübergestellt:

Stundenlohn der Musikinstrumentenmacher:

	in Deutschland in Papiermark	in England (durchweg beständig ca. 1 ³ / ₄ Schilling) in Papiermark
Juli 1922	30	190—200
August 1922	40	400
November 1922	200	2800
März 1923	1500	9000

Das Ergebnis kann man wohl wie folgt zusammenfassen: Jeder Marksturzt schädigt den Arbeiter sofort in seinem Reallohn, weil die Löhne immer für eine Zeitlang in ihrer wirklichen Kaufkraft hinuntergedrückt werden. Deswegen hat die Arbeiterschaft an einer Festigung der Währung das größte Interesse, das Unternehmertum, zumal das exportierende, dagegen nicht.

Sieht man sich aber die gewaltigen Unterschiede an, welche in den Lohnsummen für eine Arbeitsstunde in Deutschland und in dem mit Deutschland aufs intensivste konkurrierenden England liegen, so ist folgendes zu berücksichtigen:

Die deutsche Ware muß im Auslande billiger sein als die englische, weil Deutschland auf vielen Märkten in der Welt Antidumpingzölle und auch sonst ungünstigere Zollbedingungen hat. Diese Erschwerungen für Deutschland wird man auf vielleicht 20, höchstens 25 Prozent des Warenpreises schätzen können. Andererseits hat der deutsche Unternehmer auch viel billigere Frachten als der ausländische, zumal jetzt nach dem großen Kurssturz. Augenblicklich hat er auch bedeutend billigere Kohlen, billigere Posttarife und bei der Geldentwertung jedenfalls auch eine nicht allzu erhebliche Steuerbelastung. Wenn man aber auch das alles durch Zuschlag und Abzug berücksichtigt, so bleibt noch eine ganz große Spanne im Lohn, ein Betrag, um den der deutsche Arbeiter die Arbeit billiger tut, als sein ausländischer Berufsgenosse. Soweit im Inlande die Weltmarktpreise erreicht sind, kommen alle die Erschwerungen, die beim Auslandsabsatz in Frage kommen, auch noch in Fortfall. Was wird nun aus diesem großen Betrage, dem Lohnunterschied des Arbeiters in Deutschland und in den mit ihm konkurrierenden Ländern? Erhöht er den Unternehmergewinn? Die Unternehmer bestreiten es. Dann kann es also wohl nur so liegen, daß die Wirtschaftlichkeit unseres Arbeitens infolge der billigen Löhne gelitten hat und weiter leidet. Jeder der beiden Fälle, entweder Übergewinn des Unternehmers oder Durchschleppen schlechter Betriebe (Konkurse sind in Deutschland ungemein selten geworden), ist aber gegen das Interesse der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen. Deshalb wird die Arbeiterschaft angesichts der gesamten Politik der Unternehmer und auch des Herrn Reichswirtschaftsministers, welche trotz des großen Kurssturzes dem Staat an dem neu entstehenden Gewinn seinen Anteil entzieht und doch gegen den Kurssturz nichts Wirksames unternimmt, sich sehr fragen müssen, ob nicht eine grundsätzliche Änderung der ganzen bisherigen Haltung in der Lohnfrage eintreten muß. Wenn die Regierung nicht imstande ist, ihre Versprechungen wegen Marktstabilisierung wahrzumachen, so wird sich die Arbeiterschaft künftighin aufs entschiedenste dagegen zur Wehr setzen müssen, daß ihre jetzt schon über das Maß des Erträglichen hinausgehende Verkürzung des Lohnanteils im Preise noch durch fortgesetzte Kursstürze der Mark immer wieder und weiter verkürzt wird.

Dies vorerst nur zur freundlichen Nachricht der Reichsregierung im allgemeinen und dem Herrn Reichswirtschaftsminister im besonderen.

Das Ei des Kolumbus

Julian Borchardt, Berlin

Die Reichsregierung ist gegenwärtig vollkommen sozialistenrein. Ja mehr noch: als Herr Cuno das Szepter übernahm, wurde er von der bürgerlichen Presse — besonders von Börse, Handel und Großindustrie — stürmisch begrüßt als der Mann, der den verfahrenen Reichskarren wieder auf die rechte Bahn bringen werde. Und als nun gar bald nach seinem Regierungsantritt der Dollar ein wenig sank — woran er freilich so unschuldig war wie ein neugeborenes Kind —, da war des Jubels kein Ende.

Nur etwa ein halbes Jahr ist seitdem vergangen, und wie hat sich das Blättlein gewendet! Heute bekommt Herrn Cunos Wirtschaftspolitik eine sehr schlechte Note in denselben Blättern, die ihn damals verhimmelten. Jetzt soll er an allem Unheil schuld sein. Er soll dafür können, daß die deutsche Wirtschaft in den verfloffenen sechs Monaten weiter unaufhaltsam dem Niedergang zueilte; er soll es auf dem Gewissen haben, daß schließlich auch die berühmte „Stützungsaktion“ der Mark gescheitert ist.

Worin soll seine Verfehlung bestehen? Man erinnert sich, daß seinerzeit im Februar, als der Kurs des Dollars mit künstlichen Mitteln stark herabgedrückt wurde, die Preise der Waren in Deutschland diesem rühmlichen Beispiel keineswegs folgten, sondern unentwegt weiter in die Höhe kletterten. Darunter waren auch solche Waren bezw. Leistungen, die von öffentlichen Anstalten geliefert werden, wie Gas, Wasser, Elektrizität, Post, Eisenbahn. Außerdem erinnert man sich, daß die Regierung zwar grundsätzlich sich gegen jede Lohnsteigerung erklärte und damit dem Großkapital ein willkommenes Beispiel gab, theoretisch aber doch gewisse Ausnahmen für solche Fälle zuließ, wo der Arbeitslohn extra weit hinter den Preisen zurückgeblieben war (sich dem allgemeinen Lohnniveau nicht angepaßt hatte, wie der offiziöse Jargon lautete).

Sier fassen sie ihn! Er hat seine Wirtschaftspolitik nicht auf „Produktionsförderung“ eingestellt, sondern durch „finanz-fiskalische“ und „sozialpolitische“ Rücksichten bestimmen lassen. Infolgedessen seien wir nun völlig zur „inflationistischen Wirtschaftspolitik“ zurückgekehrt. So kann man heute in allen Börsenblättern lesen.

Nun, was die „Sozialpolitik“, die angebliche Rücksicht auf die Arbeiter anbetrifft, so kann man damit heutzutage keinen Arbeiter mehr dumm machen. Wir haben oft genug darüber geschrieben und jetzt weiß wohl auch der rückständigste Arbeiter, wie es zugeht, daß die zarte Rücksicht, die man auf ihn nimmt, immer und immer wieder nur das eine Ergebnis zeitigt, daß sein Reallohn von Woche zu Woche kleiner wird. Aber wie stehts mit den finanz-fiskalischen Rücksichten, die sich Herr Cuno angeblich zuschulden kommen läßt?

Als ein Beispiel, das neuerdings viel besprochen wird, möge die Braunkohle dienen. Sie ist, wenn sie aus der Grube kommt, stark wasserhaltig — auf rund die Hälfte ihres Gewichts wird das Wasser geschätzt — und hat infolgedessen höchstens ein Drittel des Heizwerts der Steinkohle. In der amtlichen Statistik wird sie sogar nur auf zwei Reuntel des Heizwerts der Steinkohle berechnet. Trotzdem muß sie auf der Eisenbahn dieselbe Fracht bezahlen

wie die Steinkohle. Das ist natürlich ein ganz widersinniger Zustand. Die Braunkohle wird dadurch maßlos verteuert. Schon bei einer Entfernung von 200 km — das ist etwa die Strecke Berlin—Halle — machen die Frachtkosten 90 Prozent des Preises der Braunkohle aus. Man kann sich vorstellen, wie das den Absatz behindert und einschränkt. 40 Prozent des Preises muß man auf alle Fälle im Durchschnitt für die Fracht rechnen. Das heißt mit anderen Worten: von einem Zentner Briketts, der ungefähr 90 Stück enthält, gehen 38 für die Fracht drauf.

Deshalb verlangen die daran interessierten Kapitalisten eine starke Ermäßigung der Fracht für Braunkohle und die Verbraucher müssen das natürlich auch verlangen. Die Eisenbahn will aber nicht. Im Gegenteil, für die allernächste Zeit ist eine neue starke **Erhöhung** der Eisenbahntarife angekündigt und die Braunkohle soll dabei keine Ausnahme machen. Die auf sie bezüglichen Anträge sind vom Reichseisenbahnrat (oder wenigstens von dessen ständigem Ausschuss) bereits abgelehnt.

Darob tobt nun die Handelspresse, zetert über das „Festhalten an der inflationistischen Wirtschaftspolitik“ und scheut selbst nicht vor persönlichen Vorwürfen zurück.

Ist es denn aber wirklich böser Wille, der die leitenden Männer der Eisenbahn so hartnäckig macht? Sollten sie nicht klug genug sein, um das obige Mißverhältnis zwischen Preis und Fracht der Braunkohle ebenso gut zu sehen wie ihre Ankläger? Schon ist ihnen ein Verteidiger erstanden. In der „Berliner Börsenzeitung“ vom 19. Mai setzt Professor **Helm**, Verwaltungsrat der Straßen- und Kleinbahnen, folgendes auseinander:

Alles, was die Eisenbahn für ihren Betrieb kaufen muß, ist Mitte Mai 1923 im Durchschnitt 7500mal so teuer gewesen, wie vor dem Kriege. Dabei fällt übrigens auch wieder ins Auge, wie weit die Arbeitslöhne hinter den Warenpreisen zurückbleiben. Die Löhne und Gehälter bei der Eisenbahn haben nur das 3300fache erreicht. Dagegen ist die billigste Ware, die Prof. Helm anführt, nämlich Öl, auf das 10 720fache gestiegen, die teuerste, Steinkohlenbriketts, auf das 21 165fache. Also nur dank einer ungeheuren Lohn-drückerei hat die Eisenbahn die Steigerung ihrer Ausgaben auf dem 7500fachen festgehalten. Wären die Löhne auch nur einigermaßen den Warenpreisen angepaßt, dann wären die Ausgaben der Eisenbahn viel höher.

Also die Ausgaben sind 7500mal so hoch wie vor dem Kriege, die Einnahmen dagegen, die Tarife, wenn man alles ineinander rechnet, Personen- und Gütertarife, machten Mitte Mai erst 3000mal soviel aus und werden durch die angekündigte neue Steigerung auch erst auf das 4375fache gebracht werden.

Und da soll die Eisenbahn Tarife ermäßigen? Welcher leitende Beamte, der die Verantwortung für den Betrieb der Eisenbahn trägt, könnte das auf sein Gewissen nehmen?

Unsere Leser verstehen, daß dies ein Beispiel für das gesamte Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft ist. Denn wie die Eisenbahn sich zu Preisermäßigungen außerstande erklärt wegen der hohen Preise alles dessen, was sie kaufen muß, so kommen alsbald die anderen und erhöhen ihre Preise mit Rücksicht auf die hohen Eisenbahnfrachten. Die Kohlen haben schon wieder den Anfang gemacht.

Und was die „inflationistische Wirtschaftspolitik“ anbetrifft — vor dem Kriege lieferten die Eisenbahnen zum Beispiel dem preussischen Staat hohe Überschüsse; sie gaben seinen Finanzen geradezu das Rückgrat. Heute ist das Gegenteil der Fall, sie erfordern unheimliche Zuschüsse. Woher kommt das Geld? Natürlich von der Notenpresse. Je weniger Einnahmen die Eisenbahn liefert, desto mehr Papiergeld wird gedruckt. Eine Ermäßigung der Tarife, und sei es auch nur für Braunkohlen, würde also ganz zweifellos die Inflation vermehren. Auf der andern Seite ist es aber ganz richtig, daß die Verbilligung der Braunkohle deren Produktion steigern und daß jede Förderung der Produktion der Inflation entgegenwirken würde. Das ist es, was die Kapitalisten meinen. Also: setzt man auf der einen Seite an, um durch Förderung der Produktion die Inflation abzubauen, so wird durch eben diese Maßnahme auf der andern Seite die Inflation vergrößert. Der unentrinnbare „fehlerhafte Kreislauf“, in dem sich der Kapitalismus bewegt.

Gibt es kein Mittel, da herauszukommen? Von innen her ist keins zu sehen. Der Leiter der Eisenbahn sieht nur, daß er die Tarife erhöhen muß, um notdürftig den Betrieb aufrechtzuerhalten. Ebenso sieht der Direktor der Braunkohlengrube, daß er die Preise steigern muß, um weiter zu existieren. Und so treibt immer ein Keil den andern. Aber sie treiben sich gegenseitig dem Abgrunde zu, denn das merken sie gleichwohl alle beide, daß auf diesem Wege der Absatz immer kleiner wird und daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis der eine sowohl wie der andere überhaupt keine Käufer mehr findet. Aber so lange wirds nicht einmal dauern, denn inzwischen wird ja, eben durch diese Preistreiberereien, das Geld immer wertloser, so daß die riesenhaften Summen, die sie hereinbekommen, immer kleinere wirkliche Werte darstellen und auch von dieser Seite her der Bankrott droht.

Nicht von den innerhalb dieses Betriebes stehenden Betriebsleitern und Kapitalisten, deren jeder naturgemäß vor allem das eigene Unternehmen sieht, das ihm das Gesamtbild der Wirtschaft verdeckt, sondern nur von außen her kann der Ausweg gefunden werden, der dieses ganze total verfahrenre Getriebe gleich dem Ei des Kolumbus wieder fest auf die Spitze stellt. Er heißt: sozialistische Wirtschaft. Man produziere die Braunkohlen für den Bedarf und transportiere sie dahin, wo sie gebraucht werden; man betreibe die Eisenbahn für den Verkehr, kurz, man stimme all die verschiedenen Produktionszweige gegenseitig aufeinander ab, ohne Rücksicht, was der eine und der andere einbringt, einfach als soziale Dienstleistung, und man wird sehen, wie man aus all jenen Schwierigkeiten herauskommt.

Fabrikdiebstähle und Metallhandelsgesetz

Rob. Dißmann

Im Reichstag wurden kürzlich zwei Gesetze verabschiedet, betreffend
 A. den Verkehr mit unedlen Metallen,
 B. den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen.

Die Begründung beider Gesetzentwürfe war gegeben in dem Überhandnehmen von Fabrikdiebstählen sowie Diebstählen, Einbrüchen usw. aller Art und der Veräußerung und Verschleppung der dabei „erbeuteten“ Gegenstände.

Und da Metall zu den Produkten gehört, die in der Preisentwicklung der letzten Jahre an erster Stelle stehen, so nimmt es nicht wunder, wenn Diebstahl und Fehlerei sich in besonderer Form mit auf Edel- und Unedelmetalle konzentrieren. Es würde zu weit führen, die Begleitumstände zu schildern. Daß Diebstähle von Gegenständen öffentlicher Einrichtungen und Betriebe (Post, Eisenbahn, Gebäude, Werke usw.) nicht nur die Allgemeinheit schädigen, sondern auch oft zu Gefahren der Sicherheit, des Verkehrs usw. führen, ist bekannt, ebenso, welche besonderer „Liebhabelei“ und „Aufmerksamkeit“ sich Türklinken, Beschläge und andere greifbaren, abzuschraubenden, abzuschneidenden oder abzuschlagenden Gegenstände erfreuen.

Doch werden wir uns den **Fabrikdiebstählen** zu. Auch da ist in den verfloßenen Jahren manches „geleistet“ worden. Abfälle werden gestohlen, Rohmaterial muß herhalten. Doch darüber hinaus bleiben auch fertige Fabrikate nicht verschont. Oft wandern feinste Warengegenstände, in deren Bearbeitung hohe Ausgaben und Werte stecken, mit durchs Fabriktor hinaus, werden im nächstgelegenen Keller eines Altmetallhändlers abgesetzt, verschwinden als „heiße Ware“ schleunigst in der Schmelze oder auf dem Schrotthaufen (Sammelstelle für Altmetall genannt), um dann als Rohmaterial im Handel veräußert und dem Produktionsprozeß wieder zugeführt zu werden. Das ist auch ein Stück „wirtschaftlichen“ Kreislaufs und verdient beim Kapitel Produktionssteigerung, Wirtschaftsnot und Preisbildung volle Beachtung. Siegen doch die authentischen Erklärungen von Unternehmerseite vor, daß sie heute rund **20 Prozent Geschäftskosten für Fabrikdiebstähle** buchen resp. bei ihrer Preisberechnung mit einsetzen müßten.

Wir wollen uns gewiß freihalten von jeder Übertreibung. Doch wenn die Angaben der Unternehmer über die Zahl von Diebstählen, des Gewichtes des gestohlenen Metalls und der Fabrikate nur mit einem kräftigen Abstrich bewertet würden, dann bleibt der heutige Zustand so schlimm, daß er dringend der Abhilfe bedarf. Die **organisierten Arbeiter haben Fabrikdiebstähle stets bekämpft**. Und daß solche Diebstähle zumeist von Unorganisierten und solchen Elementen ausgehen, die sich um gewerkschaftliche, soziale und kulturelle Bestrebungen nicht kümmern (siehe auch Gelse, desgl. vom Fasziismus Angekränkelte u. a.), sei nachdrücklichst betont. Dabei wollen wir keineswegs bestreiten, daß auch organisierte Arbeiter sich des Fabrikdiebstahls schuldig machten. Leider! Hier muß unsere **Erziehungsarbeit** noch stärker einsetzen.

Die Ursachen der sich häufenden Diebstähle sind verschiedener Natur. Die soziale Not wirkt in erheblichem Maße mit. Der Krieg und seine Nachwirkungen haben die Menschen im ungünstigen Sinne beeinträchtigt und auch die Eigentumsbegriffe gelockert. Dazu kommt das schamlose Treiben der Wucherer, Schieber und Profitmacher aller Art, die nach der Parole: „**Be-reichere sich, wer kann**“ ihre Taschen in kürzester Zeit zu füllen versuchen. Und wenn dann mit diesen „**leuchtenden Beispielen**“ parallel geht eine zunehmende Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte, wenn die Unternehmer allzu sehr den in den letzten Jahren stetig gesunkenen Reallohn noch weiter zu drücken versuchen, dann nehmen schließlich auch Fabrikdiebstähle nicht wunder. Letztere entschuldigen wir nicht, sondern wir **bekämpfen sie trotzdem mit aller Schärfe**. Wir können jedoch nicht vorübergehen an ihren Ursachen. **Uebelstände können schließlich nur beseitigt werden, wenn man ihre Quellen ertapft.**

Die betreffenden Vorschriften im Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen lauten:

§ 7. Es ist verboten, vor Ablauf von fünf Tagen nach dem Erwerb und der Eintragung dem Gewahrsmann an den erworbenen Gegenständen weiter zu übertragen, die Gegenstände einzuschmelzen, zu scheiden, zu zerlegen, zu zerschlagen, so zu vermischen, daß ihre Ausscheidung nicht möglich ist, oder weiter zu be- oder verarbeiten. Ein Aufschneiden oder Durchschneiden ist nur zur Prüfung des Feingehalts, der Einlage und des Gewichts erlaubt. Die Wiedererkennbarkeit des Gegenstandes muß in jedem Falle bestehen bleiben.

Zum Schluß seien noch die einleitenden Bestimmungen der vom Reichstag angenommenen Gesetze wiedergegeben:

Verkehr mit unedlen Metallen.

§ 1. Wer im Inland Altmetall, Metallbruch oder altes Metallgerät ohne besonderen Kunst- oder Altertumswert aus unedlen Metallen oder unedle Metalle in rohem oder umgeschmolzenem Zustand zur gewerblichen Weiterveräußerung auch nach Be- oder Verarbeitung erwerben will, bedarf der Erlaubnis. Wenn der Gewerbebetrieb durch einen Stellvertreter ausgeübt werden soll, so bedarf auch der Stellvertreter der Erlaubnis.

Die oberste Landesbehörde kann bestimmen, ob und inwieweit der Betrieb von Schmelzereien und Gießereien, in denen unedle Metalle verarbeitet werden, der Erlaubnis bedarf oder sonstigen Beschränkungen im Rahmen dieses Gesetzes unterworfen werden soll.

Für den Betrieb von Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Hochöfen-, Stahl- und Puddelwerken, die ihre Rohstoffe nur im großen beziehen, bedarf es der Erlaubnis nicht.

Händler, die die Gegenstände im Kleinen erwerben, um sie als Metall weiter zu verkaufen, dürfen das Einschmelzen nicht betreiben, noch Einrichtungen unterhalten, die ein Einschmelzen der erworbenen Gegenstände ermöglichen.

Unedle Metalle im Sinne dieses Gesetzes sind alle Metalle und Metalllegierungen einschließlich Eisen und Stahl und deren Legierungen mit Ausnahme von Gold, Silber, Platin, der Platinmetalle und der Legierungen der genannten Metalle.

Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen.

§ 1. Wer gewerbsmäßig mit Edelmetallen, edelmetallhaltigen Legierungen und Rückständen hiervon, Edelsteinen, Halbedelsteinen, Perlen sowie Gegenständen aus den genannten Stoffen, auch in Verbindung mit anderen Stoffen, Handel treiben oder gewerbsmäßig Edelmetalle und edelmetallhaltige Legierungen und Rückstände hiervon schmelzen, probieren oder scheiden oder aus den Mengen und Verbindungen von Edelmetallabfällen mit Stoffen anderer Art Edelmetalle wiedergewinnen will, bedarf der Erlaubnis. Wenn der Gewerbebetrieb durch einen Stellvertreter ausgeübt werden soll, bedarf auch der Stellvertreter der Erlaubnis.

Nicht erlaubnispflichtig ist der Handel, der sich darauf beschränkt, neue Fertigwaren aus den im Abs. 1 genannten Stoffen, auch in Verbindung mit anderen Stoffen, nur von Gewerbetreibenden, die im Besitze der Erlaubnis sind oder nach dieser Vorschrift keiner Erlaubnis bedürfen, zu erwerben und im Groß- oder Kleinhandel oder im Wege der Ein- oder Ausfuhr zu erwerben oder zu vertreiben.

Edelmetalle im Sinne dieses Gesetzes sind Gold, Silber, Platin und die Platinmetalle. Edelsteine und Halbedelsteine im Sinne dieses Gesetzes sind die im Juwelenhandel als Edelsteine oder Halbedelsteine handelsüblich bezeichneten, natürlichen oder synthetischen Schmucksteine. Perlen im Sinne dieses Gesetzes sind die echten, einschließlich der gezüchteten Perlen und die sogenannten Japanperlen.

Scheideanstalten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Anstalten zur Verwertung des bei der Edelmetallfabrikation sich ergebenden Abfalls und der solche Abfälle enthaltenden Gemenge.

Sozialpolitische Wissenschaftler im Unternehmerlager

Tony Sender, Frankfurt a. M.

II.

Hätte Prof. Hertner in objektiver Wissenschaftlichkeit seine Untersuchung durchführen wollen, dann mußte er bei der Fragestellung, auf die es doch schließlich überhaupt ankommt: „Wie kann in dem Deutschland der Nachkriegszeit eine Steigerung der Produktivität erreicht werden?“ alle beteiligten Faktoren in den Kreis seiner Betrachtung hineinziehen. Was aber seiner ganzen Darlegung schon von vornherein den wissenschaftlichen Wert nimmt, das ist die Tatsache, daß er an den zu diesem Zwecke von den Unternehmern zu fordernden Leistungen mit vollkommenem Schweigen vorübergeht. Allerdings hätte seine Arbeit im anderen Falle auch wohl kaum im „Arbeitgeber“ eine so bereitwillige Tribüne gefunden.

Die Gründe, die Prof. Hertner für das frühere Eintreten der Sozialpolitiker für die Arbeitnehmer anführt, sind außerordentlich fadenscheinig. Sie bestanden in der damaligen Rechtsungleichheit der Arbeiterschaft, in dem Irrglauben, die Arbeiterbewegung fördere auch Ideale, und schließlich in der Prosperität unserer Wirtschaft. Da aber die Arbeiter heute noch mehr als die Gleichberechtigung erworben haben, erfolgte die grundsätzliche Wandlung des Sozialpolitikers. Wenn es richtig ist, daß in dem Deutschland der Vorkriegszeit für die Arbeiterschaft ein Zustand weitgehendster Rechtlosigkeit bestand, so wäre es doch Illusion, anzunehmen, daß diese Rechtlosigkeit durch das Wohlwollen der Sozialwissenschaft hätte überwunden werden können. Jahrzehnte dieses Wohlwollens haben ja nicht zu vollbringen vermocht, was in der Novemberrevolution die Proletarier sich selbst eroberten. Und wenn Prof. Hertner als zweiten Grund seiner Befehrung die Rückkehr von dem Wahn angibt, als wirkten in der Arbeiterbewegung auch edle menschlich und national erhebende Momente mit, so wirkt diese „Feststellung besonders drastisch in der Periode des Ruhrkampfes, da von der deutschen Arbeiterschaft und fast ausschließlich von ihr die allergrößten Opfer gefordert und auf der ganzen Linie gegeben worden sind, die größte Bewunderung bis weit in ausländische Kreise hinein wachrufend. Gerade diesen Augenblick aber nimmt unser Professor zu seinem Bekenntnis der Abkehr seines früheren Glaubens an die idealistische Kraft der Arbeiterbewegung wahr. Was aber soll man zu der merkwürdigsten Entdeckung sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft noch mehr als die Gleichberechtigung erobert habe, während tatsächlich auch die deutsche Republik durch die Sanctionierung des Privateigentums die Privilegien der besitzenden Klasse aufrecht erhält, wo Unternehmerwillkür es immer noch in weitgehendem Maße in der Hand hat, über Wohl und Wehe tausender Arbeitswilliger zu verfügen, wo jeder Arbeiter und insbesondere der Betriebsrat es in seiner täglichen Praxis erfahren muß, daß insolge der Aufrechterhaltung des Privateigentums ein großer Teil der bisher auf dem Papier gewährten Rechte faktisch vom Unternehmer und seinen Beauftragten illusorisch gemacht werden? Ist wirklich von alledem der Sozialwissenschaft noch gar nichts zu Ohren gekommen? Es ist darum gewiß auch kein Zufall, wenn Prof. Hertner uns jeglichen Versuch eines Nachweises seiner Behauptungen schuldig bleibt. Aber selbst sein drittes Argument, daß nämlich in der Prosperitätsperiode

der deutschen Wirtschaft der Vorkriegszeit tragbar gewesen sei, was in dem durch den Versailler Vertrag verelendeten Deutschland nicht mehr angänglich wäre, geht von einer Voraussetzung aus, die sowohl von der sozialpolitischen Theorie wie von der Praxis der Vorkriegszeit durchaus widersprochen wird. Es setzt nämlich voraus, es bedeute die Anwendung sozialpolitischer Rücksichten und Vorschriften einen Abtrag für Produktivität und Rentabilität der Wirtschaft. Unter den Sozialwissenschaftlern der Vorkriegszeit war es u. a. hauptsächlich Prof. Lujo Brentano, der zu dem Urteil gelangte, daß nach allgemeiner Erfahrung der technische und organisatorische Fortschritt um so größer und rascher ist, je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit; denn um so größer sind die Vorteile, die die Einführung neuer arbeitsparender Methoden bringt, und desto stärker ist der Konkurrenzdruck, der auf die Einführung dieser arbeitsparenden Methoden hinwirkt. War doch schon in der Vorkriegszeit unbestritten, daß der hohe Lohn und die Verkürzung der Arbeitszeit in den wichtigsten amerikanischen Industrien zu dem bedeutenden Vorsprung Amerikas geführt hat. Daher wurde von Brentano das bekannte Wort geprägt, daß hohe Löhne billige Arbeit bedeuten, weil durch die Praxis erwiesen war, daß Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung überall durch Erhöhung der Intensität der Arbeit kompensiert worden war.

Diese Feststellungen der Vorkriegszeit sind aber durch solche der Nachkriegszeit noch bedeutend erweitert und erhärtet worden. Wir brauchen an dieser Stelle nur auf unsere eigenen fortlaufenden Untersuchungen in dieser Richtung und die überraschenden Resultate gesteigerter Arbeitsleistung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle zu verweisen. Und wenn gegenüber dieser Tatsache Prof. Hertner es fertigbringt, sich des Urteils eines hervorragenden gelehrten Sozialpolitikers zu bedienen, wonach mancherorts die Arbeiter „ideallose, profitgierige kleine Bourgeois“ geworden seien, so kommt deutlich zum Vorschein, daß der Wissenschaftler gegenüber der Ware Arbeitskraft vollkommen vergessen hat — den Menschen, der die Arbeitskraft ausgibt. Dem Menschen, der sich in der Nachkriegszeit in einem Zustand wachsender Verelendung befindet, dessen Ernährungsverhältnisse von Monat zu Monat schlechter wurden, der also ein unvergleichlich höheres Maß von Energie zur Aufrechterhaltung seiner Arbeitsleistung aufzubieten hatte und der darum gerade jetzt mehr denn je des Schutzes der Sozialpolitik im Interesse der gesamten Volkswirtschaft bedarf, soll nicht das wertvollste Gut eines verarmten Landes, die menschliche Arbeitskraft, im Nerv getroffen werden. Wenn darum Prof. Hertner das Wort vom „profitgierigen, ideallosen kleinen Bourgeois“ dem Arbeiter gegenüber gebraucht, von der Mentalität und Lebensweise der Besitzenden aber überhaupt nichts zu erwähnen weiß, so muß an ihn schon die Frage gerichtet werden: Ist es wahr, daß die Arbeiterschaft — und mehr noch der größte Teil des Mittelstandes und der Intelligenz — durch den Krieg und seine Folgen in einen Zustand wachsender Verelendung und Unterernährung gerieten, während zu gleicher Zeit die Lebenslage der Besitzenden nicht nur gleichgeblieben ist, sondern eine üppigere als vordem wurde? Und wenn er diese Fragen bejahend beantwortet — und anders kann sie niemand, der ernst genommen sein will, beantworten —, wie will er dann sein Urteil über die „mancherorts“ ideallos und profitgierig gewordenen Arbeiter und sein völliges Schweigen über die Haltung der Unternehmer aufrecht erhalten?

Und ganz besonders charakteristisch ist noch die nähere Erklärung, die Prof. Hertner in seinem zweiten, ebenfalls im „Arbeitgeber“ erschienenen Artikel dem einschränkenden Wort „mancherorts“ gibt. Denn er erklärt unverblümt: „Ich habe bei der Abfassung meines Artikels eigentlich **nur an die freien Gewerkschaften und an den Afa-Bund gedacht.**“ Nun, diese Einschränkung bedeutet nichts anderes, als daß Prof. Hertner seine Sympathien der übermächtigen Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands auskündigt, derselben Mehrheit, ohne deren energischen und opferbereiten Kampf noch kein einziges der sozialpolitischen Ideale des Herrn Prof. Hertner in der Vergangenheit verwirklicht worden wäre. Ihr also gilt die Kampfansage des von seinen Irrtümern bekehrten Sozialpolitikers.

Eine besondere Entdeckung Hertners stellt es allerdings dar, wenn er die notwendige Revision der Sozialpolitik darin erblickt, daß bei ihr nicht ausschließlich an die Verteilungsprobleme, sondern an die Hebung der produktiven Leistungen gedacht werden müsse. Wir haben bereits durch die kurze Skizzierung der Auffassungen Lujo Brentanos oben nachgewiesen, daß auch die Sozialpolitik der Vergangenheit keineswegs nur von den Verteilungsproblemen, sondern auch ihrerseits von den Produktionsproblemen ausgegangen und gerade von diesem Ausgangspunkt zu vollkommen entgegengesetzten Resultaten wie den Hertnerschen gelangt ist.

Das Produktionsproblem aber glaubt der sozialpolitische Vertreter des Neumanchestertums mit der einfachen, von den Unternehmern längst herausgegebenen Formel: **Ab Abschaffung des Achtstundentags lösen zu können.** Und ausdrücklich fügt er in seinem zweiten Artikel hinzu, daß er diese Forderung — im Interesse der Arbeiterschaft selbst erhebe. Denn nur die Herstellung vermehrter Gütermengen erlaube es, den Verbrauch der Arbeiterklasse auf die Höhe der Vorkriegszeit wieder zu steigern. Hätte sich Prof. Hertner jedoch als Mann der Wissenschaft betätigen wollen, dann mußte er vorher untersuchen, auf welche Ursachen der Rückgang der Produktion im Deutschland nach dem Versailler Vertrag zurückzuführen ist und ob von seiten der verantwortlichen Produktionsleitungen überhaupt die möglichen Maßnahmen zur Produktionssteigerung ergriffen wurden. Zu diesem Zwecke müßte allerdings die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Erscheinungen einer Prüfung unterzogen und neben der Verkürzung der Produktionsbasis durch die im Versailler Vertrag auferlegten Gebietsabtretungen auch die Wirkung der Geldentwertung auf Produktion und Geschäftsführung untersucht werden. Dann würde man allerdings sofort auf die recht eigenartige Erscheinung stoßen, daß in dem verarmten Deutschland der Nachkriegszeit auch die am schlechtesten arbeitenden Betriebe rentabel geworden sind, daß unter dem Schutz der Geldentwertung eine weitgehende Sperre des deutschen Marktes gegen ausländische Konkurrenz entstand, die von den Unternehmern zur Ausübung einer völligen Preisdiktatur ausgenutzt wurde. Und wenn Prof. Hertner darum meint, die von ihm angepriesene Erhöhung der Arbeitszeit liege im Interesse der Arbeiter selbst, so hätte er uns auch auseinandersetzen müssen, wie er unter seinen neumanchestertlichen Anschauungen glaubt erreichen zu können, daß für die so vermehrte Produktemenge (ein Resultat, das wir übrigens anzweifeln) Preise festgesetzt würden, die den Arbeitern einen erhöhten Konsum, nicht aber den Unternehmern etwa einen erhöhten Export erlauben.

Welchen Beweis aber hat schließlich Prof. Herkner dafür, daß das Unternehmertum bestrebt ist, überhaupt eine höhere Produktenmenge zu erzeugen und nicht etwa — wie dies in der Politik der Syndikate in verschiedenen Industrien zum Ausdruck kommt — das Warenquantum auf einem bestimmten, nicht zu hohen und damit die Preise auf einem möglichst hohen Stand zu halten? Ist doch in der kapitalistischen Produktionsweise noch immer keineswegs die bestmögliche Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, sondern vielmehr die Erzielung einer höchstmöglichen Profitrate der ur-eigentliche Zweck der Produktion.

Wenn aber auf Unternehmenseite dieser Wille zur Erhöhung der Produktion tatsächlich vorhanden wäre — er hätte sich längst glänzend betätigen können. Denn die Tatsache wird ja nicht geleugnet, daß durch die infolge des Unterschieds zwischen innerem und äußerem Wert der Mark bedeutend geringeren Generalunkosten der deutschen Produktion und viel mehr noch infolge der nur einen Bruchteil der ausländischen Löhne betragenden deutschen Löhne die deutsche Industrie einen starken Vorsprung der Produktionskosten zu ihren Gunsten zu verzeichnen hatte. War es nun den ausländischen, unter ungünstigeren Bedingungen arbeitenden Unternehmen möglich, die Reserven zum weiteren Ausbau ihrer Betriebe herauszuzuwirtschaften, so wird es wohl keinem Rechenkünstler gelingen, nachzuweisen, daß dasselbe dem unter günstigeren Bedingungen arbeitenden deutschen Unternehmertum nicht möglich gewesen wäre. Aber hier gilt es, den Finger in die Wunde zu legen: Infolge des bequemen Valutavorsprungs fehlte bisher der deutschen Industrie zu einem großen Teil der Antrieb zur Produktionssteigerung, und würde man nunmehr auch noch zu einer Verlängerung der Arbeitszeit schreiten, so würde selbst der von dieser Seite herkommende Anreiz zur Produktionsverbesserung — so sehr zum Schaden der Volkswirtschaft — noch beseitigt. An diesen harten Tatsachen aber sollte ein Wissenschaftler vor allen Dingen nicht blind vorübergehen. Ist doch die Prosperität der ausländischen Industrie keineswegs auf einer längeren Arbeitszeit gegründet, als in Deutschland in Geltung ist. Wenn es auch richtig ist, daß das Washingtoner Abkommen bisher nur in der Tschechoslowakei, Griechenland, Rumänien und Bulgarien gesehlich ratifiziert wurde, so ist doch nicht minder zutreffend, daß auch diejenigen Staaten, die bisher noch nicht ratifiziert haben (wie ja auch Deutschland), dennoch keine längere Arbeitszeit in Geltung haben. In den **Vereinigten Staaten** hatten die meisten Arbeiterkategorien den Achsstundentag schon längst vor dem Washingtoner Abkommen erobert, in **Österreich** wurde er im Dezember 1918 eingeführt, in **Frankreich** am 23. April 1919, in **Portugal** am 7. Mai 1919, in der **Schweiz** im Juni 1919, in **Spanien** am 1. Oktober 1919, überall also bereits vor der Konferenz von Washington.

Wenn aber Herr Prof. Herkner meint, daß in dem undurchdringlichen Gestrüpp von Gesetzen und Verordnungen für die freie Initiative und Selbstverantwortung der Unternehmer kaum noch Platz zu finden ist, so möchte er sich doch selbst nur der Vergangenheit erinnern und darin suchen, ob die freie Initiative der Unternehmer von diesen je dazu benutzt worden wäre, die Forderungen der Sozialpolitiker in Zeiten günstiger Konjunktur **freiwillig** in die Praxis umzusetzen. Diese Vergangenheit aber haben auch die Proletarier noch nicht ganz vergessen, sondern aus ihr gelernt, daß, wenn sie auf

die „freie Initiative und Selbstverantwortlichkeit“ der Unternehmer warten und auf sie allein sich verlassen wollten, sie mitsamt ihren Familien einem ähnlichen Elend entgegengehen würden, wie es die schließlich gegen die Maschine rebellierenden Proletarier am Beginn der kapitalistischen Ära kannten, damals, als das Manchesterturn in freier Entfaltung war. Während weitsichtigerer Unternehmer inzwischen gelernt haben, scheinen es gewisse Sozialwissenschaftler wieder zu vergessen, daß der Träger der Arbeitskraft ein Mensch ist mit bestimmtem Willen, Denken und Empfinden, dem gegenüber man bei zu ergreifenden Maßnahmen niemals die psychologische Wirkung vergessen darf. Glaubt man nun schon, eine verlängerte Arbeitszeit aufzotroyieren zu können — eine vermehrte Arbeitsleistung hat man dadurch aus dem aufs höchste empörten, um seine elementarsten Rechte betrogenen Individuum noch längst nicht herausgepreßt.

Wie blutige Ironie aber mutet gegenüber der heispiellosen Bescheidenheit der Novemberrevolutionäre die Klage unseres Sozialwissenschaftlers über die „machttrunkenen Gewerkschafter“ an. Wahrlich nicht ein Zuviel, eher ein Zuwenig an Machtbewußtsein kann man den deutschen Arbeitern und ihren Führern zum Vorwurf machen, anders hätten sie heute nicht notwendig, eine der wenigen verbliebenen Errungenschaften dieser Zeit, den Achtstundentag, mit solcher Zähigkeit gegen Angriffe von allen Seiten zu verteidigen.

:::

:::

:::

Die Kran- und Fördermittelindustrie Deutschlands

Oberbaurat W. Gerlach

Das Bestreben, den Transport schwerer Lasten dem Menschen durch maschinelle Einrichtungen zu erleichtern, ist sehr alt. Es wird von einem leider verloren gegangenen Buch über Hebemaschinen Herons des Älteren berichtet, der bereits um das Jahr 100 v. Chr. lebte.

Man baute für besondere Zwecke Hebegerüste aus Holz und Stein, und in alten Büchern finden wir Darstellungen, wie zum Beispiel Säulen und schwere Gedenksteine mittels solcher Vorrichtungen an ihren Platz geschafft und aufgerichtet wurden. Städtebilder des Mittelalters zeigen an den Ufern der schiffbaren Flüsse einen bestimmten Typ von Drehkränen, der aus einem steinernen oder hölzernen runden, turmartigen Unterbau besteht; aus seinem Dache ragen ein oder zwei um die Turmache drehbare, hölzerne Ausleger heraus, mit denen Lasten bis zu 100 Zentner aus den Schiffen an Land gesetzt werden konnten. Noch heute stehen solche Krane zum Beispiel in Würzburg am Main, in Andernach am Rhein, in Trier an der Mosel und in Lüneburg an der Elmenau. Bekannt von vielen Bildern ist auch das alte malerische Krantor in Danzig, das im Jahre 1442 fertiggestellt wurde und an dem die Roggen der Hanseaten ihre weither gebrachten Waren entluden. Die Hebeeinrichtungen selbst waren einfachster Art. In den erwähnten Kränen sind es große hölzerne Treträder, die Menschen durch Treten im Innern in Bewegung versetzten und um deren Achsen die Hebefetten geschlungen waren. Bei kleineren Hebezeugen wurden die Ketten oder Seiltrommeln durch Kurbeln angetrieben. Zunächst war es aber immer die Menschenkraft, die die Lasten bewegte, nur selten finden wir auch Göpel-

antrieb und in Ausnahmefällen Versuche, Wind- und Wasserkraft zu verwenden.

Erst in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann sich nach Inbetriebsetzung einer größeren Anzahl von Eisenbahnen das industrielle Leben in Deutschland zu rühren, und damit wurde auch allmählich das Bedürfnis nach Hebezeugen und Kranen reger. Da sich die Dampfmaschine infolge der großen Wärmeverluste in langen Rohrleitungen einerseits und der Unrentabilität der kleinen Kessel andererseits für Kranzwecke wenig eignete, führte man zunächst vielfach hydraulischen Antrieb durch, bis in den achtziger Jahren im Elektromotor das für Krananlagen geeignete Antriebsmittel gefunden wurde, das fast ausnahmslos alle anderen Motoren verdrängt hat. Nur in Sonderfällen bei den fahrbaren Dreh- und Rangierkranen sowie bei Schwimmkranen und Hebemaschinen auf Schiffen behauptet noch die Dampfmaschine bezw. der Explosionsmotor neben dem Elektromotor das Feld. Fast gleichzeitig mit dem elektrischen Antrieb wurde auch das Gußstahlseil als Tragorgan eingeführt, das gegenüber den bisher verwandten Ketten stoßfrei und geräuschlos arbeitete und die Einführung größerer Arbeitsgeschwindigkeiten gestattete.

Von 1890 an datiert die schnelle Entwicklung der Kran- und Fördermittelindustrie, die heute in Deutschland in 120 bis 150 Fabriken etwa 30- bis 40 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigen dürfte. Eine genaue Feststellung der Zahlen ist nicht durchführbar, da die meisten Fabriken sich nicht auf Fördermittel beschränken, sondern daneben oder als Hauptzweck andere Maschinen und Eisenkonstruktionen herstellen.

In der durch den Verein deutscher Maschinenbauanstalten durchgeführten Organisation des Maschinenbaues sind die mechanische Fördermittel bauenden Fabriken in der Gruppe VIII zusammengefaßt. Es sind dort folgende Fachverbände verzeichnet: 1. Verband der Aufzugsfabrikanten, 2. Deutscher Kranverband, 3. Fernfördermittelverband, 4. Rahfördermittelverband, 5. Schiffswinden-Ausfuhrverband. Daneben besteht noch der Verband deutscher Kleinhebezeug-Fabrikanten, der sich der Organisation des Maschinenbaues nicht angeschlossen hat und die Firmen umfaßt, die Flaschenzüge und kleine, serienweise hergestellte Hand- und Laufwinden bauen.

Während der Verband der Aufzugsfabrikanten die Personen- und Lastenaufzüge bewirtschaftet, umfaßt der Geschäftsbereich des Deutschen Kranverbandes alle Krane und kranähnlichen Maschinen einschließlich der zugehörigen Eisenkonstruktionen. Darunter fallen auch die Verladebrücken, Spezialkrane, Chargierborrichtungen und Wagenkipper.

Die Firmen des Fernfördermittel-Verbandes befassen sich mit dem Bau von Drahtseilbahnen, Elektrohängebahnen und Verholspills, die des Rahfördermittelverbandes mit der Herstellung von Kabelkranen, Bandsförderern, Becherwerken, Elevatoren, Schneckenförderern, Förderrinnen und ähnlichen Massenförderanlagen. Viele Firmen gehören mehreren der erwähnten Verbände an. Die Mitglieder des Schiffswinden-Ausfuhrverbandes schließlich bauen Schiffslade- und Kohlenwinden, Anker und Verholspills sowie Rudermaschinen.

Während die Firmen des letzten Verbandes meist in der Nähe der See- küste ihren Sitz haben, sind die Mitglieder der übrigen in den verschiedensten

Gegenden Deutschlands ansässig. Im Industriegebiet Rheinlands und Westfalens, in Süddeutschland, Sachsen, Berlin und Hamburg finden wir große Firmen von Weltruf und kleinere Firmen, deren Erzeugnisse ebenfalls hoch angesehen sind, noch an vielen anderen Punkten Deutschlands.

Als Rohmaterial kommt für den mechanischen Teil in erster Linie Stabeisen in Betracht, das für die Eisenkonstruktionen Verwendung findet. Die Winden und Fahrwerke bestehen vorwiegend aus Flußeisen, Stahlformguß und Eisenguß, und nur zum kleinen Teil, für Büchsen und Lagerteile, kommen Kupferlegierungen zur Anwendung. Für die elektrischen Ausrüstungen wird vorwiegend Kupfer benötigt.

Schnell und wirtschaftlich arbeitende Krane, Hebe- und Fördermaschinen sind heute für jeden modernen Fabrik-, Hafen- und Lagerplatzbetrieb unerlässlich, wenn wirtschaftliche Erfolge erreicht werden sollen. Der Hebezeugkonstrukteur ist liebevoll jedem Bedürfnis gefolgt, und Sonderkrane, die die menschliche Hilfe beim Transport auf ein Mindestmaß beschränken, finden wir in allen großen Industrien.

In den Hüttenwerken arbeiten Krane, die viele Tonnen schwere Gießpfannen mit bewundernswerter Genauigkeit über den Formen entleeren; andere erfassen mit besonders konstruierten Zangen die glühenden Blöcke und ziehen sie aus den Kokillen heraus. In Walzwerken befördern Beschiebkrane Stapel von Blechen, schieben sie in den Glühofen hinein und holen die rotglühenden wieder heraus. Mit Praken greifen wieder andere unter Rohrahfen und befördern sie an die Arbeitsplätze, ohne daß ein anderer Arbeiter außer dem Kranfahrer dabei tätig ist. Verladebrücken heben ganze Eisenbahnwagen voller Kohlen und entleeren sie in Schiffe oder auf der vorgeschriebenen Stelle des Lagerplatzes, von wo sie durch Becherwerke oder sonstige Nahfördermittel direkt vor ihre Verbrauchsstelle gebracht werden. Drahtseilbahnen und Elektrohängebahnen fördern billig und schnell Kohle, Kies, Erz u. dergl. über Flüsse, Straßen und Schluchten hinweg zum Ladeplatz am Eisenbahnwagen oder Schiff. Lasten von 100 und mehr Tonnen Gewicht werden in Werftstätten mühelos versetzt und verladen.

Ganz besonders große Krane finden wir an den Ausrüstungshäfen der Werften. In Hamburg steht zum Beispiel bei Blohm & Voß ein Riesenkran von 250 Tonnen Tragfähigkeit und in den Marinebetrieben von Wilhelmshaven arbeitet ein Schwimmkran von gleicher Leistungsfähigkeit. Zu Hunderten zählen die Krane leichter Bauart, die an den Quais eines modernen Großhafens an der Seeküste oder in einem Umschlaghafen aufgestellt sind. Bedeutet doch jede Stunde ersparter Liegezeit für ein Schiff eine außerordentliche Erhöhung der Rentabilität.

Die deutschen Kran- und Fördermittelanlagen erfreuen sich in der ganzen Welt des besten Rufes und stehen vielfach vorteilhaft durch leichte, auf wissenschaftliche Berechnung gegründete Konstruktion, elegante Formgebung und wirtschaftlichen Betrieb von ausländischen Wettbewerbszeugnissen ab. Sie haben daher auch Eingang in alle Teile der Welt gefunden. Aus deutschen Fabriken sind auch die größten Krane der Welt hervorgegangen, was der wissenschaftlichen Durchbildung der Ingenieure, dem Wagemut der deutschen Unternehmer und dem geschulten Facharbeiterstamm zu danken ist.

Die Grundlagen der russischen Eisenindustrie

Georg Engelbert Graf, Stuttgart

In Westeuropa tobt der Kampf um die Beherrschung der Organisationen der Schwereisenindustrie. Aber in diesem Kampf fällt auch die Entscheidung um den Osten. Frankreichs Streben geht nach einem schwereisenindustriellen Monopol und, darauf gestützt, auf die politische und militärische Vormachtstellung in Europa. Fällt ihm an der Ruhr der Sieg zu, so ist ihm Deutschland die große Durchgangsstraße, die nach dem Osten führt, und napoleonische Ideen scheinen sich ein Jahrhundert später in die Tat umzusetzen. Hält man die französische mit der polnischen Politik zusammen, so ergibt sich schon heute eine Vorstoßrichtung auf die industriellen Bezirke Rußlands, besonders auf die der Schwereisenindustrie.

Müssen daher schon außenpolitische Probleme das Interesse an der russischen Schwereisenindustrie wachrufen, so wird diese, ihrer Nachbarlage zu Deutschland (trotz Polen!) halber, auch für uns stets von Bedeutung sein. Weniger wegen Lieferung von Erz, Roheisen und Halbzeug — daran hindern die ungeheuren Entfernungen bei mangelhaftesten Verkehrsverhältnissen und riesiger Frachtverteuerung —, als wegen der unausbleiblichen technischen und organisatorischen Befruchtungen des Ostens durch die fortgeschrittene Industrie Mitteleuropas. Ganz davon abgesehen, daß der Wiederaufbau Rußlands, dem gerade die Arbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit und tätiger Anteilnahme zusehen mußte, von dem Wiederaufleben der russischen Schwereisenindustrie abhängig ist.

Selbstverständlich müssen wir bei einer Untersuchung über ihre Grundlagen von den Vorkriegsverhältnissen ausgehen; nur von ihnen aus ist ein zutreffendes Urteil zu gewinnen.

Wenn auch die russische Schwereisenindustrie bisher noch nicht die politische, speziell imperialistische Rolle gespielt hat, wie in den übrigen kapitalistischen Großstaaten, und demgemäß weniger beachtet wurde, so hatte das nicht etwa in ihrer Bedeutungslosigkeit seinen Grund — denn Rußland stand in der Vorkriegszeit in der Weltproduktion unter den in Betracht kommenden Staaten an vierter Stelle —, als vielmehr darin, daß dieses weite Reich noch kapitalistisches Neuland ist und auf absehbare Zeit die gesamte technische Erzeugung aufzunehmen vermag, ja sogar auf die Einfuhr von außerhalb angewiesen ist. Rußlands Schwereisenindustrie konkurriert nicht auf dem Weltmarkt, es hat das nicht nötig.

Tatsächlich aber hat die Entwicklung der russischen Schwereisenindustrie in den wenigen Jahren dieses Jahrhunderts bis zum Weltkrieg ein geradezu amerikanisches Tempo angenommen. Nicht als ob das russische Kapital sonderlich daran beteiligt gewesen wäre — das bewegte sich lieber in traditionell patriarchalischen Bahnen —, aber das internationale Kapital hatte eine feine Nase für die unbegrenzten Möglichkeiten, die in einem Land von der Ausdehnung und der Aufnahmefähigkeit wie Rußland sich ergeben; vereinigt doch ein derartiges Riesenreich den Inlandmarkt mit einem weit-
ausgedehnten Exportgebiet, das noch innerhalb der Landesgrenzen gelegen

ist und so alle Inlandsvorteile, wie billige Transporttarife, Schutzzölle, inländische Rohstoffquellen usw., miteinander vereinigt. Besonders als seit dem unglücklichen Ausgang des russisch-japanischen Feldzugs die innere Reorganisation des Reiches einsetzte, brach für das ausländische Kapital eine ergiebige Zeit an. Waren es in der chemischen und Maschinenindustrie hauptsächlich deutsche Kapitalisten, die auf russischem Boden eigene Werke errichteten, so dominierte — abgesehen von Polen, wo die oberschlesischen Hütten verschiedentlich Zweigwerke erstehen ließen — in der Schwereisenindustrie das französisch-belgische Kapital.

Keineswegs wurden alle Gebiete, in denen infolge Vorkommens der nötigen Eisenerze die Entwicklung der Hüttenindustrie möglich ist, in gleicher Weise von dem Aufschwung der letzten Jahre betroffen; selbstverständlich wurden die bevorzugt, in denen in möglichst kurzer Zeit mit möglichst geringen Aufwendungen ein möglichst hoher Gewinn zu erzielen war. Rußland ist ja in der glücklichen Lage, eine ganze Anzahl Reviere zu besitzen, die durch besonderen Erzreichtum sich auszeichnen.

Die bedeutendsten Eisenerzgebiete im europäischen Rußland befinden sich im Ural und in Südrußland; weniger wichtig sind die Vorkommen in Mittel- und Nordrußland und im nördlichen Kaukasus. Ganz in derselben Weise gruppieren sich die Hüttenwerke. Nur vereinzelt — im Donezrevier — wandert das Erz zur Kohle, im übrigen wird es an Ort und Stelle zu Roheisen und Stahl verhüttet; meist knüpfen sich an die Produktionsstätten von Roheisen und Halbzeug gleich die Gießereien und Walzwerke, vielfach auch die Maschinenfabriken und verschiedene Verfeinerungsindustrien.

Der Schwerpunkt der russischen Schwereisenindustrie hat im Laufe der Zeit mehrfach den Ort gewechselt. Er wanderte vom mittleren Rußland nach dem Ural, vorübergehend befand er sich in Polen, erst seit Anfang dieses Jahrhunderts ist er nach dem Süden, in die Nähe der Nordküste des Schwarzen Meeres, verlegt worden.

Länger als in andern Ländern war die Verhüttung und Gewinnung des Eisens in Rußland eine Art Hausindustrie derjenigen Bezirke, in denen leicht erreichbare und mit der damaligen primitiven Methode bequem zu verschmelzende Erze, besonders der Raseneisenstein der Sümpfe und Mooreseen, vorkamen. Besonders die Gouvernements Nowgorod, Tula und Olonez waren bis in die Neuzeit hinein durch ihre Schmiede berühmt, und die alte Tradition lebt in der Waffen- und Werkzeugindustrie dieser Gegenden auch heute noch fort. Die technischen Umwälzungen im 16. und 17. Jahrhundert gaben auch in Rußland zur Genüge Anlaß, neue Erzlager systematisch aufzusuchen und zu erschließen und im Anschluß an sie besondere Hüttenwerke und Eisenwerkstätten zu errichten. Dies geschah bereits im Auftrag und auf Rechnung der Regierung, und schon im Jahre 1631 wurde im Ural das staatliche Ryznäsäwerk erbaut, das jedoch bald wieder einging, ein Schicksal, dem die meisten damaligen Gründungen in den folgenden Jahrzehnten verfielen.

Nichtsdestoweniger trugen diese Mißerfolge sehr zur weiteren Entwicklung bei. Die Eisenproduktion und der sich daran knüpfende Eisenhandel führten zur Bildung von Kapitalien, und diese Kapitalien ermöglichten erst

den plötzlichen, anscheinend unvermittelten Aufschwung, den die Eisenindustrie unter Peter dem Großen im Anfang des 18. Jahrhunderts nahm.

Gewiß hat die auffallend plötzlich einsetzende Industrie in Rußland etwas Künstliches, Unnatürliches, etwas Forciertes, aber sie war durchaus kein Spielzeug, keine Marotte, keine bloße Nachahmung Westeuropas durch Peter den Großen. Für ihn war sie eine unumgängliche Notwendigkeit. Zu der expansiven Politik, die er trieb, bedurfte er einer starken militärischen Macht, und zu deren Ausrüstung mußte er sich vom Westen unabhängig machen, wollte er gegen den Westen gerüstet sein. Für Armee, Artillerie und Flotte war es nötig, daß er Fabriken und Manufakturen in Rußland selbst anlegte. Diese mußten mit allen möglichen Privilegien ausgestattet werden, Rohmaterial wurde ihnen zu den günstigsten Bedingungen geliefert, ihre Produkte wurden durch Schutzzölle und Monopole vor lästiger Konkurrenz geschützt und deren ständiger Absatz an den Staat gewährleistet. Diese Aussichten auf hohen, raschen und stetigen Gewinn veranlaßten das Handelskapital, das bis dahin in kaufmännischen Unternehmungen sich betätigt hatte, sich in industriellen Gründungen zu engagieren, die teils unmittelbar der Krone gehörten, teils von ihr subventioniert wurden.

Die Hauptschwierigkeit war die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte. Rußland war bis dahin ein reines Agrarland gewesen und besaß kein Proletariat, das für die industrielle Lohnarbeit hätte in Betracht kommen können. Fremdländische Lohnarbeiter heranzuziehen, hätte die Rentabilität der jungen Industrie in Frage gestellt. Dafür besaß Rußland in den leibeigenen Bauern ein zwar ungefüges, aber sehr billiges Arbeitermaterial. Nur daß diese Leibeigenen ausschließlich der Krone, der Kirche und den Großgrundbesitzern gehörten; andere durften keine Leibeigenen besitzen. Ein Ausweg wurde zunächst in der Art geschaffen, daß im Jahre 1721 die Fabriken das Recht erhielten, besiedelte Dörfer für ihre Zwecke anzukaufen, mit der Maßgabe, daß die gekauften Bauern nicht dem Fabrikbesitzer, sondern der Fabrik zu eigen gehörten. Die Bauern mußten in den Betrieben unentgeltlich, das heißt nur gegen Beköstigung arbeiten; daß die Fabriken auf der Basis einer solchen Zwangsarbeit bald immense Gewinne abwarfen, braucht nicht besonders betont zu werden.

Diese industrielle Hochkonjunktur lockte den grundbesitzenden Adel auf den Plan. Sein Privileg war ja von jeher die Ausbeutung von Leibeigenen. Bereits unter der Kaiserin Elisabeth setzte er es durch, daß das Recht der Fabrikbesitzer auf Leibeigenenarbeit erheblich eingeschränkt wurde, und unter Peter III. wurde der Ankauf von Bauern sowohl mit, als ohne Land für Fabriken und Werke vollständig untersagt. Auf diese Art brachten sich die Adligen in den Besitz der reichsten und wichtigsten industriellen Werke, die im Anfang des 18. Jahrhunderts entstanden waren. Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Eisenwerke im Ural, die bis dahin Staatseigentum gewesen waren, an die Grafen Schuwalow, Tschernyschew, Woronzow, die Barone Stroganow, Ossafin, Turtchaninow u. a. „verkauft“, der Kaufpreis wurde aber von ihnen nie bezahlt. Auf diese Art wurden wahre Dynastien von Industrie- und Minemagnaten gegründet. Das kaufmännische Element, das die ersten Kapitalien gestellt hatte, verschwand wieder aus der Fabrikantenklasse, zu der seit Katharina II. der Adel das Haupt-

kontingent stellte. Die Adligen benutzten auch die günstige Gelegenheit, um sich zu ihrem seitherigen Besitz von der Krone neue Dörfer und neue Leibeigene zuweisen zu lassen. Sie beuteten diese Zwangsarbeiter bis aufs Blut aus, und seit der Zeit der Kaiserin Elisabeth mehrten sich die Aufstände dieses bäuerlichen Industrieproletariats in den Industriebezirken im Ural und im Zentralrußland von Jahr zu Jahr.

Daß die Eisenindustrie unter solchen Umständen zunächst prosperieren und den adligen Besitzern märchenhafte Gewinne in den Schoß werfen mußte, ist nicht weiter zu verwundern. Die Produktion an Gießereiroheisen betrug im Jahre 1718 bereits 110 000 Tonnen, steigerte sich 1767 auf 148 000 Tonnen und erreichte 1800 160 000 Tonnen. Schon im Jahre 1724 genügte die inländische Produktion den gesamten Bedürfnissen des Landes und der Eisenimport, der bis dahin größtenteils in schwedischen Händen gelegen hatte, hörte völlig auf. Ja man begann sogar mit dem Export von Roheisen, vornehmlich nach England. 1749 wurden 9500 Tonnen ausgeführt und gegen Ende des 18. Jahrhunderts erreichte der jährliche Export 48 000 Tonnen. Diese Ausfuhr hörte aber auf, als England zur Koksbefuerung der Hochofen überging und auch sonst die Methoden der Eisenerzeugung und Stahlgewinnung verbesserte und rationeller gestaltete.

Diesen technischen Fortschritten im Ausland gegenüber stagnierte die russische Eisenindustrie. Auf die Dauer rächte sich das System der Zwangsarbeit, das nur bei primitiven Methoden Erfolge zeitigen konnte. Zudem waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weder die wirtschaftlichen, noch die sozialen Verhältnisse des Landes derart, daß der Adel als der Hauptbesitzer der industriellen Werke eine besondere Unternehmungslust an den Tag gelegt hätte; man hatte sich ganz auf das altgewohnte Fortwursteln eingestellt. Die Eisenproduktion nahm so gut wie gar nicht zu. 1800 bis 1810 betrug sie durchschnittlich 165 000, 1823 bis 1830 167 000, 1831 bis 1840 168 000, 1841 bis 1850 169 000 Tonnen jährlich. Noch in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war Rußland mit 12 Prozent an der Eisenvweltproduktion beteiligt, 1859 waren es nur noch 4 Prozent. Entsprechend diesem effektiven Niedergang der russischen Eisenindustrie nahm auch der Eisenerport aus Rußland ab.

(Fortsetzung folgt.)

Produktionssteigerung und Achtstundentag

Zu dieser Frage erhalten wir von dem Betriebsrat einer größeren Automobilfabrik einen beachtenswerten Beitrag, den wir unseren Lesern gern zur Kenntnis bringen. Der Betriebsrat schreibt:

Die Frage der Produktionssteigerung hängt eng zusammen mit der achtstündigen Arbeitszeit und ist, um gleich auf den Kernpunkt zu kommen, vom **technischen** Standpunkte aus zu beurteilen. Wenn heute ein Betriebsrat, der sich ernsthaft mit der Frage der Produktionssteigerung befaßt, durch den Betrieb seiner Firma geht, wird er oft Gelegenheit haben, außer unzureichenden Transporteinrichtungen auch unzweckmäßige Anlagen der einzelnen Werkstätten zu beobachten. Die Schuld daran trägt in erster Linie das planlose

Erstellen von Gebäuden, ohne Rücksicht auf die spätere Entwicklung resp. Vergrößerung eines Werkes. Dies trifft zum Beispiel auch bei unserer Firma zu, wo, um mit Beweisen zu dienen, der Rahmenbau am entgegengesetzten Ende der Montage liegt und die Rahmen, die die Montage braucht, mit Karren ohne Geleise durch den Hof transportiert werden müssen, wozu vier Tagelöhner nötig sind. Dasselbe trifft auch auf den Motorenbau zu, der seine fertigen Motoren auf Karren durch mehrere Werkstätten hindurch oder auf noch größerem Umwege durch den Hof in die Montage abliefern muß, wodurch außer der unproduktiven Transportkräfte auch Verkehrsstörungen im Betrieb selbst auftreten.

Durch diese systemlose Anlage der Werkstätten entsteht ein zweckloses Hin- und Hertransportieren von Einzelteilen, was in einem Betrieb ungeheure Summen erfordert und dadurch ein Mehr von Arbeitern, ein Weniger von Fertigwaren erzeugt wird. Um hier geeignete Vorschläge zu einer zweckentsprechenden Fabrikationsanlage zu machen, wäre für eine Automobilfabrik oberste Grundbedingung: die mechanische Abteilung, d. h. Dreherei, Fräselei, Hoblerei, Bohrerlei, Zahnradfräselei und anschließend daran die Geriebenschlosserei, Einzelteilschlosserei mit Anschluß des Motorenbaues und der Montage in einer Haupthalle mit fahrbarem Kran, der durch sämtliche angeführte Werkstätten dieser Halle ginge, unterzubringen. Der Kran, allseitig benützlich, würde den Transport auf dem Boden ausschließen und Verkehrsstockungen in den einzelnen Werkstätten sowie eine Menge zum Transport notwendiger Arbeitskräfte ersparen. Die bearbeiteten Einzelteile wanderten zunächst von den vorbereitenden mechanischen Abteilungen, wie Drehereien usw., nach den Schlossereien, wo die Einzelteile zusammengestellt und von da nach der Montage, Einfahrabteilung, Fertigmontage, Lackiererei gelangten. Beiderseits dieser Haupthalle müßte neben der Haupthalle das Hauptmagazin sein mit Gleisanschluß und elektrischen Kranen längs des Magazins und quer zur Haupthalle in Verbindung mit dieser. Im Anschluß an das Magazin parallel zur Haupthalle gehörte die Maschinenschmiede und der Werkzeugbau, im Anschluß daran der Rahmenbau und die Beschlagsschmiede sowie Fertigmontage, auf der andern Seite der Haupt- und Mittelhalle müßte sich der Holzschneideraum, Holzbearbeitung, Wagnerei, Modellschreinerei, Sieberei und Blechnerei nebst Einfahrabteilung befinden. Hinter diese drei Hallen gehörten die Lackiererei und Sattlerei. Diese geschilderte Anlage ist am besten aus beiliegendem Plan ersichtlich.

Eine bedeutende Produktionssteigerung wäre auch durch Ersetzen der Universalmaschinen durch Spezialmaschinen möglich. Die Leistungsfähigkeit der Universalmaschinen ist durch ihre vielseitige Anwendungsmöglichkeit begrenzt.

Die in unseren deutschen Fabriken gebräuchlichen Spezialmaschinen sind im eigentlichen Sinne keine Spezialmaschinen, wie sie in Amerika in der Metallindustrie verwendet werden. Die Metall- und Maschinenindustrie Amerikas ragt hervor durch ihre großzügige Fabrikorganisation unter Verwendung von Spezialmaschinen, die nicht wie die deutschen eingeteilt sind in Automaten, Halbautomaten, Revolverbänke usw., sondern die Amerikaner konstruieren ihre Spezialmaschinen bei Massenfertigung und Serienherstellung für jeden einzelnen Teil eines Automobils oder Maschine und gewinnen so Maschinen mit höchster Leistungsfähigkeit.

Lehrlings-
abteilung

Kraftzentrale

Einfahrabteilung

Rampe

Versand

Ersatzteile

Reparatur

Rahmen- u. Feder-
lager

Rahmenbau

Magazin

Betriebsbüros

Betriebsleitung

Fertigmontage

Montage

Kontrolle Zw.-Magazin

Einzel- u. Gruppen-
Montage

Bohrerei

Wasch-
raum
Betr.-
Rat

Verband-
raum
Warte-
raum
Portier

Fräserel

Dreherei

Schleiferei

Wagnerei

Blechnerei

Gießerei

Schmiede

Härterei

Lager-
plätze

Tor

S t r a s s e

Annahmeverzug nach § 615 BGB.

Wich. Dietrich, Zeitz

Die Firma R. ließ vom 28. bis 31. Dezember 1920 eine Kesselreparatur vornehmen. Am 10. Dezember wurde durch Anschlag bekanntgegeben, daß in dieser Zeit der Betrieb ruht. Die Kündigungsfrist beträgt 8 Tage. Ein Teil der Belegschaft beantragte für die ausfallende Arbeitszeit Erwerbslosenunterstützung, wurde abgewiesen und klagte beim Gewerbegericht. Die Firma erklärte damals: sie sei nicht berechtigt und verpflichtet, Lohn für die vier Tage zu zahlen, weil der Betriebsrat der Arbeitsunterbrechung zugestimmt und auf den Lohn verzichtet habe. Ein stillschweigender Verzicht liege auch darin, daß die Kläger, nachdem sie die Bekanntmachung der Arbeitsruhe gelesen, keinen Einspruch eingelegt hätten. Ein Zwang, Lohn zu zahlen, bestände nicht, weil ohne Verschulden der Firma der Kessel so abgenutzt war, daß eine Reparatur gerade in diesen Tagen notwendig geworden sei.

Vom Gewerbegericht Zeitz wurde die Firma auf Grund der §§ 615 und 616 BGB beurteilt.

Die Firma strengte Feststellungsfrage bei demselben Gewerbegericht an und beantragte, festzustellen, daß den Klägern ein Rechtsanspruch auf Lohn für die Zeit der Kesselreparatur vom 28. bis 31. Dezember 1920 nicht zustehe. Die Feststellungsfrage wurde am 24. November 1921 wie folgt abgewiesen:

Es bleibt dahingestellt, ob die Firma mit dem Betriebsrat persönlich vereinbart habe, daß ohne Fortgemährung des Lohnes der Betrieb vom 28. bis 31. Dezember stillgelegt und die Reparatur vorgenommen werden mußte. Wo eine Betriebsvertretung auf dem Gebiete des Privatrechts handelnd eingreift und zivilrechtliche Beziehungen schafft, handelt sie nicht als gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft, sondern im eigenen Namen, sie verpflichtet die Arbeiterschaft nicht unmittelbar vertraglich durch die von ihr abgeschlossenen Vereinbarungen. Liegt Annahmeverzug vor, so haftet die Klägerin dafür schlechthin, es kommt auf ein Verschulden oder Nichtverschulden ihrerseits nicht an. Sie kann sich nicht durch den Nachweis befreien, wie sie versucht hat, daß sie durch äußere Umstände an der Fortführung ihres Betriebes in der Zeit vom 28. bis 31. Dezember verhindert war. Die Zahlungspflicht der Firma ergibt sich ohne weiteres aus §§ 615 und 293 BGB.

Die Firma legte hierauf beim Landgericht Raumburg Berufung ein. Am 20. März 1923 folgte der Entscheid.

Die Berufung ist sachlich unbegründet, Lohnanspruch steht den Klägern für die in Frage kommende Zeit zu. Dem Gewerbegericht ist zuzustimmen, daß weder stillschweigend noch ausdrücklich auf den Lohn verzichtet worden sei. Dem Gewerbegericht kann nur in dem Falle nicht beigetreten werden, daß der Firma ein Verschulden an dem Arbeitsausfall zur Last zu legen sei. Durch Zeugen und Sachverständige ist festgestellt, daß die Reparatur notwendig war. In die übliche Ferienzeit (Mai bis September) konnte die Reparatur nicht verlegt werden. Am 27. Dezember konnte auch noch nicht mit der Reparatur begonnen werden, weil erfahrungsgemäß der dritte Weihnachtsfeiertag von Handwerkern als Ruhetag angesehen wird. In diesem Falle trifft die Firma also kein Verschulden.

Der Lohnanspruch der Kläger ist aber trotzdem begründet, und zwar aus dem Gesichtspunkt des Annahmeverzugs heraus, der ein Verschulden nicht voraussetzt. Annahmeverzug liegt nach § 297 BGB nur dann nicht vor, wenn der Schuldner außerstande ist, seine von ihm ordnungsgemäß angebotene Leistung zu bewirken, das heißt, wenn er das, was von seiner Seite zu geschehen hat, zur Erfüllung nicht beisteuern kann und daher in seiner Person oder in seiner Rechtsphäre ein Hinderungsgrund vorhanden ist.

Im vorliegenden Falle konnten jedoch die Kläger die ihnen obliegenden Leistungen erfüllen, wenn nur die Firma zur Erlangung dieser Leistungen durch Zurverfügungstellung ihrer Maschinen und Fabrikräume das nach dem Dienstvertrage Erforderliche getan hätte. Der von den Klägern erhobene Lohnanspruch erscheint hiernach aus § 615 BGB gerechtfertigt. Der Anspruch auf Feststellung des Nichtzurechtbestehens der Forderung von der Firma ist unbegründet.

Internationale Solidarität der Werftarbeiter

* In den ersten Monaten dieses Jahres wurden die Arbeiter einer Kieler Werft (Deutsche Werke) vor die Frage gestellt, ob sie bereit seien, größere Reparaturarbeiten eines Schiffes zu übernehmen, das von Schweden eintreffen würde. Die schwedischen Metallarbeiter standen jedoch damals im Streik und lehnten unsere Kieler Kollegen die Ausführung obiger Reparaturarbeiten einmütig ab. Darauf Bezug nehmend, ging uns von der Leitung unserer Bruderorganisation folgendes Schreiben zu:

Werte Genossen! Nehmt den Ausdruck unserer Dankbarkeit für die Stellungnahme der Mitglieder unseres deutschen Bruderverbandes in Kiel zur Frage der Arbeit des blockierten Dampfers „Stockholm“ entgegen. Bezüglich dieser Blockade will ich hier einen kurzen Bericht über die Lage in Schweden, und zwar in der Maschinenindustrie, erstatten.

Die Sache war nämlich so, daß wir seit Anfang des Jahres 1922 keinen Vertrag mit den Maschinenfabriken, im Unternehmerverein „Sveriges Verkstadsförening“ zusammengeschlossen, gehabt haben. Während der ganzen Zeit seit Anfang des Jahres 1922 hat ein fast ständiger Kriegszustand in der Industrie geherrscht, obgleich wir uns infolge der Krise und der Arbeitslosigkeit meistens auf rein defensiv Maßnahmen haben beschränken müssen. Der Unternehmerverein hat aber vom Monat Februar d. J. an eine neue allgemeine Lohnreduzierung, zwischen 10 und 30 v. H. der Löhne des Jahres 1920 schwankend, gefordert. Zusammen mit den schon im Jahre 1922 vorgenommenen Reduzierungen dürften die Herabsetzungen der Löhne von der Zeit, da sie am höchsten waren, das heißt am Ende des Jahres 1920, zu etwa 40 bis 45 v. H. gehen.

Zur Zeit des letzten Lohnreduzierungsgebots der Unternehmer hatte aber die Lage sich soweit gebessert, daß die Arbeit wenigstens in einem Teil der Fabriken einigermaßen in Gang gekommen war. Wir haben dann beschlossen, die Arbeitgeber in den Fabriken anzugreifen, in denen einigermaßen gute Arbeitsaufträge und dringende Bestellungen vorlagen. Streiks sind dann in einer der größten Werften in Gothenburg, in zwei Werften im Norden Schwedens, wo der größte Teil der sogenannten Schären dampfer zur Reparatur aufgelegt war, und in ein paar Fabriken in den mittleren und südlichen Teilen des Landes ausgebrochen.

Dieser unser Angriff hat auch soweit die beabsichtigte Wirkung erzielt, daß eine von der Regierung zur Zeit der Vertragskündigungen am Ende des Jahres 1921 eingesetzte Schlichtungskommission eingegriffen hat, und es wurden danach Verhandlungen zwischen unserm Verband und dem Unternehmerverein aufgenommen. Die obengenannte Werft in Gothenburg war dadurch besonders schwer gedrückt, daß der schon genannte Dampfer „Stockholm“ halbfertig lag und die Reederei seine unmittelbare Instandsetzung für den Passagierverkehr, der für die Gewerbeausstellung in Gothenburg mehr und mehr notwendig wurde, gefordert hat.

Man hat erst das Schleppen des Dampfers nach Kopenhagen und dann nach der Werft in Kiel geplant, und da dies durch Ihr Auftreten verhindert wurde, hat man eine Vereinbarung mit einer Werft in Amsterdam zu treffen versucht. Da schrieben wir an die holländischen Kollegen und diese trafen

unmittelbar Maßnahmen zur Verhinderung der Ausführung dieser Arbeit, wodurch der Dampfer im Hafen von Gothenburg blieb und ein neuer Vertrag für die ganze Maschinenindustrie Schwedens am 10. März abgeschlossen wurde.

Durch diesen Vertrag hat der Unternehmerverein die Anfang Februar beschlossene und durchgeführte Lohnreduzierung völlig zurückgenommen. Der Vertrag ist hauptsächlich auf den Grundsätzen, die dem Vertrag des Jahres 1920 zugrunde lagen, aufgebaut und die Minimallohne zu 100 v. H. auf die Minimallohne, die im Jahre 1918 galten, berechnet.

Die Vereinbarung ist mit Bezug auf die Zeitumstände sehr gut und wurde auch mit großer Mehrheit seitens der Mitglieder unseres Verbandes angenommen.

Es ist uns also während einer sehr kritischen Situation gelungen, einen neuen Vertrag mit dem Unternehmerverein zustande zu bringen und danke ich jetzt im Namen unseres Exekutivausschusses den deutschen Kollegen recht herzlich für die Solidarität, die sie uns bei einer Gelegenheit gezeigt haben, wo unsere Arbeitgeber sich den Folgen der Kampfmaßnahmen unserer Organisation zu entziehen suchten.

Bücherbesprechung

Gerhart Lüttkens: Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatenystem. (Internationale Bibliothek. J. G. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin.) — Der Verfasser hat sich zur Aufgabe gestellt, eine knappe Darstellung der Geschichte der deutschen Außenpolitik seit 1870 zu geben, und ließ sich von der Absicht leiten, dabei die Ereignisse nicht nur vom diplomatisch-machtpolitischen Gesichtspunkt aus zu werten, sondern insbesondere auch den wirtschaftlichen und innerpolitischen Faktoren die ihnen gebührende hervorragende Würdigung zuteil werden zu lassen. Ein immerhin, speziell angesichts einer auf knapp 114 Seiten zusammengedrängten Darstellung einer historisch so bedeutsamen und entwicklungsreichen Zeitpanne, wie die letzten fünf Jahrzehnte, recht kühner Versuch. Ist er gelungen? Wir können leider die Frage nicht unumwunden bejahen. Wir haben ja leider in unserer gesamten sozialistischen Literatur nur wenig Werke, in denen nach den Methoden des historischen Materialismus sowohl die Geschichte der älteren, wie insbesondere auch der neueren Zeit erforscht und dargestellt worden wäre. Das mag wohl nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß es nicht genügt, wenn der Verfasser mit dem Sinn der Methode vollauf vertraut ist, sondern er wird sich stets auch genötigt sehen, außerordentlich umfangreiche und eingehende eigene Forschungsarbeiten vorzunehmen, um überhaupt erst die Elemente für seine Darstellung herbeizuschaffen. Darum wird er sich nur in beschränktem Maße auf bereits vorhandene geschichtliche Arbeiten stützen können, sondern sein Forschungsfeld weit darüber hinaus bis auf die Zeitdokumente jeder Art des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ausdehnen müssen. Ein Meister solcher Darstellung, der leider bis jetzt unerreicht geblieben ist, war unser verehrter toter Genosse Franz Mehring. In ihm könnte der Verfasser der obengenannten Schrift noch manches für die Ausarbeitung seiner Methode lernen. Wir sind der Auffassung, daß der Verfasser sich eine unüberwindliche Aufgabe gestellt hat: in gut 100 Seiten läßt sich nun einmal nicht eine nach den Methoden des historischen-Materialismus vorgehende Geschichte von fünf Jahrzehnten deutscher Außenpolitik schreiben. Man braucht sich dabei nur zu vergegenwärtigen, daß bei einer solchen Darstellung ja nicht nur die ökonomischen Triebkräfte auf deutscher Seite, sondern auch die der anderen Staaten untersucht werden müssen.

So ist denn das Buch — notgedrungenem Maße — zu einer zu engen Aneinanderreihung von Tatsachen gekommen, wobei der Leser nur zu oft den verbindenden Text vermissen wird. Immerhin ist ihm als einer knappen, bis auf den heutigen Tag reichenden historischen Darstellung von Deutschlands Außenpolitik der letzten Jahrzehnte gegenüber anderen Publikationen dieser Art seiner Objektivität wegen der Vorzug einzuräumen. L. S.